

**Beginn: 09:02 Uhr**

**Präsidentin Birgit Hesse:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte, Platz zu nehmen. Ich begrüße Sie zur 120. Sitzung des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die heutige Sitzung den Abgeordneten Dr. Daniel Trepsdorf zum Schriftführer.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 33:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und Die Linke – Ortsumfahrung Zirchow – Südvariante gemeinsam mit der Deutschen Bahn umsetzen, Drucksache 8/5434.

**Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke**  
**Ortsumfahrung Zirchow – Südvariante**  
**gemeinsam mit der Deutschen Bahn umsetzen**  
**– Drucksache 8/5434 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der SPD Herr Beitz.

(Der Abgeordnete Falko Beitz  
stellt das Rednerpult ein.)

**Falko Beitz, SPD:** Das ist eine ganz neue Situation hier.

(Heiterkeit bei Henning Foerster, Die Linke:  
Es hätte mich interessiert, wie du das gelöst  
hättest mit dem Sprechen auf der Höhe.)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich nehme Sie heute Morgen mit auf die Insel Usedom, in eine kleine Gemeinde, die seit vielen Jahren unter riesigem Verkehrsdruck leidet. Ich spreche von Zirchow. Wer dort einmal

durchgefahren ist, der weiß ganz genau, wovon ich rede: viel zu viel Verkehr, schmale Straßen, kein Platz für regelkonforme Gehwege. Jeden Tag rollt eine Blechlawine mitten durch das Dorf, und das bedeutet Lebensgefahr für Fußgängerinnen und Fußgänger, für Radfahrerinnen und Radfahrer, für Kinder, die auf dem Schulweg sind, und für ältere Menschen, die einfach nur sicher von der einen Seite auf die andere wollen.

Die Ortslage Zirchow, das darf man nicht vergessen, war ursprünglich einmal für Pferdefuhrwerke ausgelegt, nicht für den heutigen Straßenverkehr. Doch jetzt quälen sich Autos, Lieferwagen, Lkws, Wohnmobile, Reisebusse durch den engen Ortskern. Jeder, der dort wohnt, lebt mit Lärm, Erschütterungen, Abgasen, massiven Einschränkungen im Alltag. Und seit der Eröffnung des Swinetunnels auf der polnischen Seite der Insel hat sich die Verkehrssituation noch einmal deutlich verschärft. Der Verkehr auf der B 110 hat spürbar zugenommen, und das bringt Zirchow an seine Grenzen.

Obwohl die Belastung für die Menschen dort schon seit Jahren enorm ist, hat es diese zusätzliche Verkehrswelle gebraucht, um den Bund von der Notwendigkeit einer Ortsumfahrung zu überzeugen. Das zeigt, wie lange die Gemeinde auf Gehör warten musste und wie überfällig diese Lösung inzwischen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Land plant die Ortsumgehung im Auftrag des Bundes, und sobald klar war, dass es eine Umfahrung geben soll, stellte sich die zentrale Frage: Wo soll diese Trasse am Ende verlaufen? Dazu wurden mehrere Varianten untersucht: nördlich vom Zirchow, südlich um Zirchow herum, und am Ende blieben zwei Optionen übrig, die heute in der Diskussion befindliche Nordvariante und die Südvariante.

Im Moment müssen wir damit rechnen, dass der Bund nach Abschluss des Planungsprozesses die Nordvariante favorisieren wird. Und der Grund liegt schlicht und ergreifend in den Kosten. Für die Südvariante werden zwei Brückenbauwerke notwendig, um den Bahndamm höhengleich zu queren. Diese Bauwerke würden 10 bis 12 Millionen Euro zusätzlich kosten. Damit gilt die Südvariante als teurer.

Doch, und das ist entscheidend, die Nordvariante stößt vor Ort auf massiven Widerstand bei der Gemeinde, bei der Bürgerinitiative und bei vielen Anwohnerinnen und Anwohnern, denn die Nordvariante würde mitten durch ein empfindliches Niedermoorgebiet führen, mit allen Risiken für den Wasserhaushalt, für die Flora und Fauna. Das ist ökologisch höchst problematisch und planerisch herausfordernd. Und, meine Damen und Herren, sie löst außerdem das Verkehrsproblem nicht vollständig.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Die Anbindung des Flughafens an die Siedlung, an die im Süden entstehende Siedlung wird nicht verbessert.

Die Haushaltsregeln des Bundes sind klar, gebaut wird die für den Vorhabenträger, also den Bund, wirtschaftlichste Variante. Und das bedeutet, wenn die Südvariante teurer ist, wird diese in der Regel nicht umgesetzt. Damit droht am Ende ein Szenario, das niemand will. Der Minister, das hat er mehrfach bekräftigt, das bekräftigt sein Vorgänger auch, baut nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger eine Ortsumgehung. Und wenn die Kriterien bleiben, dann wird gar nichts gebaut und Zirchow bleibt auf seinem Problem sitzen.

(Heiterkeit bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Ich war im Sommer gemeinsam mit unserem Verkehrsminister Dr. Blank in Zirchow vor Ort. Wir haben uns die Situation angesehen, mit den Menschen gesprochen, mit dem Bürgermeister und der Bürgerinitiative, übrigens ohne Presse. Im Nachgang zu diesem Besuch entstand die Idee einer modifizierten Südvariante, einer Lösung, die die bisherigen Probleme berücksichtigt und neue Wege eröffnet. Ich habe diese Idee vor Einbringung unseres Antrags intensiv mit der Gemeinde und der Bürgerinitiative besprochen, und beide, Gemeinde und Initiative, haben diese Idee ausdrücklich unterstützt. Das ist ein starkes Zeichen, denn die Menschen vor Ort wollen keine Blockade. Sie wollen, dass etwas passiert, aber bitte vernünftig und mit Augenmaß.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Was also, was also sieht die modifizierte Südvariante vor? Wir fordern die Landesregierung auf, gemeinsam mit der Deutschen Bahn zu prüfen, ob die Bahntrasse im Bereich Zirchow leicht nach Süden verlegt werden kann, etwa um 30 Meter. Dafür muss die Bahntrasse auf einem kleinen Abschnitt nach Paragraph 23 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes beim Eisenbahnbundesamt freigestellt werden. Dann ließe sich die Ortsumfahrung so planen, dass Straße und Bahn künftig nebeneinander verlaufen, ohne aufwendige Brückenbauwerke, ohne Häuser abzureißen und ohne Eingriffe in das Moorgebiet.

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr gut!)

Die Bahn selbst müsste bei einer Reaktivierung der Strecke ohnehin neu errichtet werden, denn machen wir uns nichts vor, nach über 80 Jahren ist da nicht mehr viel Substanz. Damit entsteht keine zusätzliche Belastung, sondern im Gegenteil eine gemeinsame Lösung, die Verkehr, Umwelt und Zukunft zusammendenkt, eine Lösung,

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

eine Lösung, die die Verkehrssicherheitslage verbessert, die Lebensqualität im Ort steigert und zugleich die Reaktivierung der Bahnstrecke Ducherow–Heringsdorf unterstützt, also langfristig mehr Mobilität auf die Schiene bringt.

Wir fordern, dass die Deutsche Bahn künftig prüft, mit Augenmaß, mit Sachverstand und mit Blick auf die Menschen, die dort leben, dass die Landesregierung gemeinsam mit der Deutschen Bahn die Möglichkeit schafft, diese modifizierte Südvariante in den Variantenvergleich einzubeziehen. Denn eins ist klar, die Bürgerinnen und Bürger in Zirchow, die Gemeindevertretung, die Bürgerinitiative, sie alle haben sich konstruktiv eingebracht, mit konkreten Vorschlägen, mit Engagement und mit Ausdauer. Diese Menschen haben es verdient, dass ihre Stimme gehört und ernst genommen wird.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Zuruf aus dem Plenum: Jawoll.)

Sehr geehrte Damen und Herren, Zirchow steht stellvertretend für viele Orte in Mecklenburg-Vorpommern, die unter Durchgangsverkehr leiden. Wenn wir hier gemeinsam mit der Deutschen Bahn eine gute, tragfähige Lösung finden, dann setzen wir ein starkes Signal, dass der Landtag zuhört, dass wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort handeln und dass wir nicht über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Darum bitte ich Sie, unterstützen Sie unseren Antrag, geben Sie der Südvariante eine echte Chance und lassen Sie prüfen, ob sich Sicherheit, Umweltverträglichkeit und Lebensqualität miteinander verbinden lassen, anstatt sie gegeneinander auszuspielen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Das wäre ein starkes Signal für Zirchow, für die Insel Usedom und für ein Mecklenburg-Vorpommern, das seine Gemeinden ernst nimmt und Infrastruktur mit Weitblick gestaltet. Ich freue mich auf die Aussprache. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der  
Fraktionen der SPD und Die Linke –  
Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD: Sehr gut!)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraph 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zusätzliche Redezeit gemäß Paragraph 84 Absatz 1a unserer Geschäftsordnung angemeldet. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung der Wirtschaftsminister Herr Dr. Blank.

**Minister Dr. Wolfgang Blank:** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Moin!

(Zurufe aus dem Plenum: Moin!)

Die Fraktionen der SPD und Die Linke haben einen Antrag eingebracht, der die Berücksichtigung einer modifizierten Südvariante zur Planung der Ortsumgehung Zirchow vorsieht. Zugleich wird die Landesregierung gebeten, hierzu eine enge Abstimmung mit der Deutschen Bahn vorzunehmen. Ich begrüße diese Initiative ausdrücklich. Es handelt sich um – wie ich mir auch vor Ort habe sagen lassen – eine Maßnahme, Planung, Diskussion, die schon seit vielen Jahren vor Ort existiert, wenn nicht Jahrzehnten,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und sie bedarf einer möglichst breiten Unterstützung.

(Christine Klingohr, SPD:

Wir arbeiten halt zusammen. –

Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die Orts...

(Torsten Renz, CDU: Einfach weitermachen! –

Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –

Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde jetzt darum bitten, dass wir dem Redner Gehör schenken, dass wir davon Abstand nehmen, uns über die Bänke aufzufordern, ruhig zu sein, weil das ist meine Aufgabe und das mache ich jetzt damit.

Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister Dr. Wolfgang Blank:** Danke schön!

Die Ortsumgehung Zirchow im Zuge der Bundesstraße B 110 ist eine wichtige Bundesneubaumaßnahme der Straßenbauverwaltung Mecklenburg-Vorpommern. Es geht um die Insel Usedom, unsere im Sommer nahezu größte Stadt in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Planungsauftrag für die Maßnahme wurde im Jahr 2018 vom Bundesverkehrsministerium erteilt. Hintergrund, das ist schon genannt worden, war hier die Realisierung des Swinetunnels auf polnischer Seite der Insel. Mit der Umsetzung des Planungsauftrags wurde die Projektgruppe Großprojekte im Straßenbauamt Schwerin betraut. Vorrangiges Ziel der Ortsumgehung ist es, die Sicherheit und den Verkehrsfluss auf der Bundesstraße B 110 zu erhöhen und insbesondere Zirchow vom weiträumigen Durchgangsverkehr zu entlasten.

Wir haben die, das Straßenbauamt hat die Varianten geprüft. Für die Südvariante würden Bahngrundstücke südlich von Zirchow erforderlich, die derzeit noch Eisenbahnbetriebszwecken gewidmet sind. Warum die südliche Variante? Dies hatte mein Vorredner schon angedeutet. Für mich war es aber auch persönlich bei einer Ortsbesichtigung vor Ort noch mal klar geworden, wie stark sich der südlich der Eisenbahn gelegene Teil Zirchows beziehungsweise der Nachbargemeinde in den letzten Jahren entwickelt hat. Da ist zum einen der Flughafen Heringsdorf, der mittlerweile sehr stabil mit mehreren Flugverbindungen in der Saison aufwartet, ganz wichtiges Infrastrukturelement, eine ganz wichtige Verbindung für den Tourismus, für die Region an und für sich. Da ist des Weiteren die touristische Erschließung des Standortes, die in den letzten Jahren gerade auf der Südseite deutlich an Fahrt aufgenommen hat.

Ganz konkret sieht der Antrag eine modifizierte Trassenführung vor, bei der die Ortsumgehung im südlichen Scheitel nach Süden verschoben würde. Dadurch könnte eine Errichtung der Ortsumgehung ohne Häuserabriss und ohne höhenfreie Querungsbauwerke mit der Bahntrasse erforderlich werden und damit auch kostengünstiger umgesetzt werden. Vorausgesetzt ist dafür jedoch eine Freistellung/Entwidmung dieser Flächen vom Eisenbahnbetriebszweck gemäß Allgemeinem Eisenbahngesetz.

Zuständig ist für eine solche Feststellung das Eisenbahnbundesamt. Die Hürden für eine solche Freistellung sind sehr hoch. Insbesondere muss geprüft werden, inwieweit der Bahnbetriebszweck eines Grundstücks als überragendes öffentliches Interesse weggefallen ist. Nach ersten Signalen der Deutschen Bahn ist eine solche Freistellung für die gewidmeten Bahnflächen im Süden Zirchows nicht möglich. Mir ist bewusst, dass die Entwidmung von Trassen der Bahn eine äußerst hohe Hürde, fast ein No-Go darstellt. Da aber im direkten Umfeld der Trasse sowieso neu geplant werden muss, ist diese Haltung für mich weder verständlich noch vermittelbar.

Deshalb benötigen wir hier Ihre Unterstützung. Deshalb möchte ich mich gerne mit Ihrer Unterstützung gegenüber der Deutschen Bahn aktiv und intensiv darum bemühen, die Voraussetzungen für die Freistellung der Flächen intensiv abzuklären.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Torsten Koplin, Die Linke)

Wenn die Deutsche Bahn einer Freistellung zustimmen würde, könnte ein konkreter Antrag auf Entwidmung gestellt werden. Die Bearbeitung würde etwas Zeit in Anspruch nehmen, etwa sechs Monate. Und auch dann, muss man sagen, ist eine weitere Hürde vorhanden, denn selbst bei einer Zustimmung der Deutschen Bahn ist nicht sicher, dass eine Freistellung der Bahntrasse letztlich erteilt wird. Und selbst wenn dies gelingen sollte, kann heute noch nicht abschließend beurteilt werden, inwieweit dann die mit dem Antrag der Regierungsfractionen verfolgte neue Südvariante auch tatsächlich vorzugswürdig wäre. Das muss im Anschluss im Rahmen der Variantenuntersuchung und -bewertung geprüft werden. Eines ist klar, für alle diese Überlegungen ist die Freistellung der Bahntrasse südlich von Zirchow nach Paragraph 23 AEG zwingende Voraussetzung.

Wir haben gestern über das Thema Kettensäge, wir haben über das Thema Heckenschere gesprochen. Ich glaube, wir benötigen hier gemeinsam den gesunden Menschenverstand,

(Rainer Albrecht, SPD: Genauso ist es.)



um dieses wichtige Thema voranzubringen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Wir werden hier nichts unversucht lassen. Dafür werde ich mich gerne mit Ihrer aller Unterstützung einsetzen. – Ganz herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Minister!

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Mitglieder einer Sport- und Handarbeitsgruppe des DRK Krakow am See. Herzlich willkommen hier im Landtag! Schön, dass Sie da sind!

Ich rufe auf für die Fraktion der AfD Herrn Stephan Reuken.

**Stephan J. Reuken,** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Insel Usedom ist eine herausragende Urlaubsregion und ein erheblicher Wirtschaftsfaktor für den Tourismus und das ganze Bundesland. Damit es auch so bleibt und die Menschen vor Ort nicht auf der Strecke bleiben, braucht die Region auch Pflege. Nicht umsonst ist die Verkehrssituation auf der Insel und die beiden Inselzufahrten auf deutscher Seite immer wieder Teil der regionalen und überregionalen Berichterstattung. Der vorliegende Antrag beschäftigt sich jetzt also mit der Verkehrssituation auf der Insel und damit mit einem sehr, sehr wichtigen Thema.

An erster Stelle geht jetzt mein Dank an die Einwohner von Zirchow, die sich zur „Arbeitsgruppe Ortsumgehung Zirchow“ zusammengeschlossen haben, um auf genau dieses Thema, über das wir heute sprechen, aufmerksam zu machen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es ist, wie ich schon häufiger an diesem Rednerpult betont habe, oftmals wissen die Leute vor Ort in den Gemeinden mehr als die Planer hinter den Ministeriumsschreibtischen oder können zumindest dazu beitragen, das Sichtfeld erheblich zu erweitern.

(Nikolaus Kramer, AfD: Sehr richtig!)

Die Einwohner von Zirchow kämpfen nun schon seit vielen, vielen Jahren für eine Ortsumgehung, und mit der Fertigstellung des Swinetunnels – der Minister hat es angesprochen – ist das Problem noch akuter und größer geworden. Der durchrollende Lkw-Verkehr, auch wenn er auf 7,5 Tonnen begrenzt ist und auch begrenzt bleiben muss, und der damit einhergehende Lärm belasten zusehends Anwohner und Touristen. Gleichzeitig steigt die Gefahr für Fußgänger und Radfahrer.

Umso erfreulicher ist es, dass jetzt nach langer Zeit die Entscheidung zugunsten einer Ortsumgehung gefallen ist. Fraglich bleibt jetzt noch die Trassenführung, ob nördlich oder südlich um Zirchow herum. Obwohl, bei der objektiven Betrachtung der Lage und der aufgezählten Argumente auch im vorliegenden Antrag ist ja durchaus eine richtige Tendenz zu erkennen.

(Zuruf von Marcel Falk, SPD)

Und die modifizierte Südvariante stellt hier eine durchaus sinnvolle Alternative dar.

Betrachtet man den Bauplan der Nordvariante, findet wohl jeder hier etwas, was dagegenspricht. Und man sollte es auch wirklich tunlichst unterlassen, gegen den Willen der Bürger zu bauen. Zum einen hat das Land Mecklenburg-Vorpommern auch in jüngster Vergangenheit durchaus schlechte Erfahrungen gemacht mit dem Straßenbau auf Mooren – man denke hier an die A 20 –, und zum anderen werden selbst die Kollegen der GRÜNEN es begrüßen, wenn das dortige Niedermoor nicht von einer Straße behelligt wird.

Gleichzeitig wird im Antrag aber auch die Bahntrasse für die Strecke zwischen Heringsdorf und Ducherow durchaus mitbedacht, für die wir uns als AfD-Fraktion

schon in der letzten Legislatur ausgesprochen haben. Die Sinnhaftigkeit und langfristige Notwendigkeit dieser Bahnverbindung steht zumindest für die Menschen vor Ort schon längst außer Frage.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren, ein weiterer Vorteil der Südvariante ist eine deutlich bessere Integrierbarkeit des Flugverkehrs. Der Flugplatz in Heringsdorf hat einiges an Entwicklungspotenzial für den Tourismus auf der Insel. Und auch wenn manch einer hier vielleicht Flugreisen allgemein für Teufelszeug hält, möchte ich doch eines zu bedenken geben: Der Effekt ist der gleiche wie bei der Anreise mit der Bahn, nämlich dass jeder, der mit dem Flugzeug anreist, nicht mit dem Auto kommt und auch nicht mit dem Auto auf der Insel umherfährt.

Wenn sich die Siedlungsbebauung in Flugplatznähe dann auch weiter so entwickelt wie bisher, wird man in den kommenden Jahren ohnehin über Straßenanbindungen in diesem Gebiet sprechen müssen. Und wenn dann die Ortsumgehung nördlich um Zirchow verlief, würde man sich ärgern, die Südvariante verworfen zu haben.

Auch der in Rede stehende Abriss von Wohnbebauung könnte vermieden werden, was ohne Frage auf Zustimmung der Menschen vor Ort stößt. Genau darum sollte es bei der Realisierung einer solchen Ortsumgehung ja auch gehen, nämlich um die Menschen vor Ort.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Kurz anmerken möchte ich dann schlussendlich noch, und das kann ich Ihnen an dieser Stelle auch nicht ersparen, dass im Kreistag Vorpommern-Greifswald ein Antrag unsererseits, der sich dieses Themas annimmt, von allen anderen Fraktionen,

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

allen voran von den rot-roten, abgelehnt wurde.

(Nikolaus Kramer, AfD: Ganz genau so ist es.)

Das verstehe, wer will, wenn es denn immer nur um die Sachfragen ginge. Aber sei es drum, Integrität ist Ihnen an dieser Stelle ja bekanntlich egal.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden unsere Linie als AfD-Fraktion beibehalten und Anträgen die Zustimmung nicht aus parteipolitischen Erwägungen verweigern, wenn sie vernünftige Dinge beinhalten und den Menschen in unserem Bundesland nutzen. Folgerichtig werden wir dem vorliegenden Antrag zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Waldmüller.

**Wolfgang Waldmüller,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, der Antrag der Koalitionsfraktionen mag auf den ersten Blick sehr technisch wirken. In Wahrheit zeigt er exemplarisch, wie inkonsequent, verspätet und unglaublich die Landesregierung seit Jahren mit der Gemeinde Zirchow und den Menschen vor Ort umgeht.

Ja, die Ortsumgehung ist dringend, die wird dringend gebraucht. Der Verkehr auf der B 110 hat nach Öffnung des Swinetunnels noch einmal spürbar zugenommen. Die Forderung nach Entlastung ist absolut berechtigt. Und was die Menschen in Zirchow aber ebenfalls erwarten dürfen, ist ein Planungsverfahren, das transparent ist, das die Betroffenen einbindet, dass sich nicht von heute auf morgen die Richtung ändert.

Und genau das ist aber geschehen, SPD und Linke haben jahrelang jede Südvariante kategorisch ausgeschlossen. Selbst als die Gemeinde Zirchow angeboten hat, die angeblichen Mehrkosten selbst zu tragen, hat das Wirtschaftsministerium einfach abgewunken, ohne Gespräch, ohne Prüfung, ohne Respekt. Und nun, wenige Monate

vor der Entscheidung des Bundes, fordert derselbe politische Block genau das, was er selbst verhindert hat: die ernsthafte Prüfung der Südvariante.

Meine Damen und Herren, in Zirchow hält man das nicht nur für späte Einsicht, man hält es auch für einen Versuch, politischen Druck abzuwehren. Und das, ganz ehrlich, ich kann die Einschätzung wirklich nachvollziehen. Der Antrag fordert, die Deutsche Bahn möge eine Verlegung der Eisenbahntrasse prüfen, um anschließend ein Freistellungsverfahren zu ermöglichen. Das klingt kompliziert, ist es auch, aber entscheidend ist, die Bahn wird das wohl so nicht tun. Ich will nur an die vielen Konjunktive des Wirtschaftsministers gerade in seiner Rede erinnern.

(Falko Beitz, SPD: Helfen Sie uns doch!)

Eine Reaktivierung der Bahnstrecke ist auf Jahrzehnte unrealistisch, weil sie ohne Anschluss des Güterverkehrs an die polnischen Containerterminals wirtschaftlich überhaupt nicht tragfähig ist.

(Torsten Renz, CDU: Ist das ein Eingeständnis,  
dass ihr das alleine nicht schafft?)

Eine Freistellung wäre also noch nachvollziehbar, aber eine Verlegung der Trasse?

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Was sagt denn die Erfahrung? Jeder von Ihnen weiß um die Erfahrung, ob so was möglich ist, ob überhaupt so was gemacht wird und wie viel Zeit das beansprucht.

(Henning Foerster, Die Linke:  
Was ist denn Ihre Idee?)

Ich komme dazu.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:  
Gar keine.)

Ich komme dazu.

Es ist also ein aufwendiges, teures, langwieriges Verfahren ohne irgendeine realistische Perspektive, dass die Strecke jemals wieder genutzt wird.

(Rainer Albrecht, SPD: Abwarten!)

Nein, das ist die Planungstheorie,

(Torsten Koplin, Die Linke: Fatalismus.)

aber sicher keine Lösung für Zirchow.

Wenn das nicht, wenn das widerlegt wird, ich mache gleich einen Vorschlag, was wir machen können. Dann könnt ihr alle zustimmen, und wunderbar, dann ziehen wir alle an einem Strang und gehen alle in eine Richtung. Mache ich gleich einen Vorschlag dazu.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Das Einzige, was dieser Antrag sicher bewirkt: Er verzögert das Verfahren möglicherweise um Jahre. Was er dagegen nicht löst: die fehlende Kommunikation des Ministeriums, die widersprüchliche Argumentation beim Naturschutz und ganz sicher nicht den Vertrauensverlust der Gemeinde, wenn sie wieder einmal nur aus der Zeitung erfährt, was ohne ihre Einbindung entschieden wurde.

Wenn SPD und Linke wirklich etwas verbessern wollen, müssen sie endlich dafür sorgen, dass ihr eigenes Wirtschaftsministerium das hält, was es seit 2024 zugesagt hat: alle Varianten seriös mit dem Bund bewerten und die Gemeinde mit einbeziehen. Das wurde versprochen. Die CDU hat sich immer dafür eingesetzt, dass die Argumente von uns ernsthaft geprüft werden. Wir waren mehrfach vor Ort und haben mit den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen, die konkrete Alternativvorschläge

vorgelegt haben, die vom Ministerium monatelang ohne Antwort gelassen wurden und die sogar bereit sind, für ihre bevorzugte Südvariante selbst etwaige Mehrkosten zu tragen. Das ist außergewöhnlich und es zeigt, wie hoch der Leidensdruck in der Region ist.

Und zur Erinnerung: Die Nordvariante, die die Landesregierung bevorzugt hatte, soll mitten durch ein Niedermoor geführt werden, ohne dass es bislang überhaupt belastbare Baugrundgutachten gibt. Und im selben Bereich wurde ein Supermarkt aus naturschutzrechtlichen Gründen untersagt, aber eine neue vierspurige Bundesstraße ist offenbar kein Problem.

Meine Damen und Herren, das passt alles nicht zusammen, das wissen Sie, das wissen wir, und das wissen vor allem die Menschen in Zirchow. Deswegen sagen wir, ja, die Südvariante muss ernsthaft geprüft werden. Das fordern wir seit Langem im Wirtschaftsausschuss und das fordern wir weiter. Aber dieser Antrag bringt uns nicht weiter, er wirft mehr Fragen auf, als er beantwortet, und genau diese Fragen gehören in eine tiefergehende Prüfung. Wir brauchen also hier mit diesem Antrag kein Placebo, das Aktivität vortäuscht. Wir brauchen eine Landesregierung, die endlich hält, was sie selbst versprochen hat: ein transparentes Verfahren und eine echte Beteiligung der Gemeinde.

Und ich würde, ich würde beantragen, dass wir diesen Antrag in den Wirtschaftsausschuss überweisen.

(Rainer Albrecht, SPD:  
Das dauert ja noch länger.)

Nein, nein, nein!

(Henning Foerster, Die Linke:  
Das dauert noch länger. –  
Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Mensch, Rainer!

Das dauert dann noch länger, sagt Herr Albrecht gerade.

(Torsten Koplin, Die Linke:  
Was ist denn jetzt der Vorschlag?)

Wenn wir in den Wirtschaftsausschuss überweisen, wenn wir wissen, wie die Situation draußen ist,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

eine Trasse zu verlegen und so weiter, mein lieber Mann,

(Rainer Albrecht, SPD: Mein lieber Mann!)

ich würde vorschlagen, ich würde vorschlagen, wir überweisen in den Wirtschaftsausschuss, dort laden wir die Bahn ein, dann soll sie dazu Stellung nehmen.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

Dann sollen sie sagen, was sie davon halten.

(Torsten Renz, CDU: Sehr guter Vorschlag!)

Dann sollen sie sagen, wie lange so etwas dauert,

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

dann haben wir Gewissheit. Dann wissen wir auch, wenn die sagen, ja, das machen wir,

(Sebastian Ehlers, CDU:  
Konstruktive Opposition.)



selbstverständlich, morgen legen wir los, oder absehbar,

(Zuruf von Falko Beitz, SPD)

wir legen absehbar los, absehbar, sodass wir eine Planungssicherheit bekommen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dann können wir gerne dem Antrag hinterher zustimmen und sagen,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

okay, das ist realistisch, da folgen wir. Dieser Antrag, so, wie er momentan erscheint, ist er ein Placebo, nichts anderes. Das verzögert die Planung auf Jahre hinweg

(Zuruf von Marcel Falk, SPD)

und es ist nur diesem politischen Druck geschuldet, der momentan oder der jetzt da entsteht.

(Rainer Albrecht, SPD: Ich glaube,  
die Menschen in Zirchow hören da jetzt zu.)

Und Sie meinen, die Leute da vor Ort verarschen zu können. Unglaublich! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gestatten Sie mir noch eine Nachfrage zu Ihrem Beitrag, weil es gestern dazu etwas Irritationen gegeben hat. Wollen Sie einen Antrag auf Überweisung stellen in den Wirtschaftsausschuss?

(Der Abgeordnete Wolfgang Waldmüller  
wendet sich an das Präsidium.)

Wunderbar!

Meine Bitte wäre, egal, wer es macht, dass man das tatsächlich dann auch so deutlich formuliert, ansonsten müssen wir immer nachfragen. Also wer einen Überweisungsantrag im Rahmen der Debatte beantragen möchte, das bitte auch dann so artikulieren. Vielen Dank!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke Herr Foerster.

(Torsten Koplin, Die Linke: Jetzt kommt  
erst mal Fachlichkeit in die Debatte.)

**Henning Foerster**, Die Linke: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist mehrfach gesagt worden, dieser Antrag verfolgt das Ziel, die Gemeinde vom seit Jahren problematischen Durchgangsverkehr zu entlasten und eine Ortsumfahrung zu errichten, die verkehrspolitisch und ökologisch sinnvoll ist.

Wenn wir mal zurückschauen, dann müssen wir feststellen, dass, seitdem der Swinetunnel im Juni 2023 eröffnet wurde,

(Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Verkehrssituation sowohl in Zirchow und allgemein auch auf der B 110 deutlich angespannter geworden ist, was vor allem im Sommer zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führt.

(Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet einerseits für Autofahrende eine längere Fahrzeit und Stress, doch auch die knapp 600 Einwohnerinnen und Einwohner der Ortschaft Zirchow leiden darunter, weil mehr motorisierter Verkehr bedeutet für sie mehr Lärm, mehr Abgase und ein erhöhtes Unfallrisiko für die Straße querende Fußgängerinnen und Fußgänger,

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Mehr Straßen bedeutet mehr Verkehr.)

Radfahrende und sonstige am Verkehr teilnehmende Personen.

Quaken Sie doch nicht ständig dazwischen! Sie haben doch auch noch Redezeit.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig!)

Um die Lebensqualität vor Ort zu sichern, plant das Land nun den Bau einer Umgehungsstraße, welche einen flüssigen Verkehr auf der B 110 sichern soll und gleichzeitig die Anforderungen der Verkehrssicherheit für alle Beteiligten erhöht. Im laufenden Planungsverfahren, das ist mehrfach gesagt worden, wurde bisher die sogenannte Nordvariante favorisiert und als die wirtschaftlichere Lösung betitelt. Warum ist das so? Das hat mein Kollege Beitz bereits erläutert.

Nun gibt es aber mit dieser Nordvariante bei näherer Betrachtung auch etliche Probleme, denn zum einen führt sie nicht nur nördlich am Ort vorbei, sondern durchquert dabei ein Niedermoorgebiet, und dagegen regt sich naturgemäß Widerstand. Anwohnerinnen und Anwohner, aber auch Naturfreunde und Klimaaktivisten fanden dazu deutliche Worte. Sie argumentieren damit, dass Niedermoorstandorte hydrologisch hochsensibel und ökologisch wertvoll sind, weil sie Wasser speichern, Kohlendioxid binden und zugleich Lebensraum zahlreicher Tier- und Pflanzenarten sind. Der Bau einer Ortsumgehung durch dieses Gebiet würde also zu einem dauerhaften Eingriff in die Flora und Fauna führen.

Die Frage ist nun natürlich: Soll die vermeintlich günstigere Nordvariante auf dieser Grundlage und trotz des großen Widerstandes der Gemeinde dennoch gebaut werden und was wäre eine mögliche Alternative? Genau darum geht es heute. Die Antwort auf diese Frage führt unweigerlich zur Südvariante. Diese würde dann südlich um den Ort herum verlaufen und eine bessere Anbindung des Flughafens Heringsdorf mit sich bringen,

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

der natürlich für den Tourismus auf Usedom und die dortige regionale Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt.

Und weiterhin sorgt die Variante für eine direktere Anbindung an die wachsenden Siedlungsbereiche südlich des Flughafens. Zu betrachten sind hier natürlich auch die Einflüsse auf Umwelt und Landschaft. Wenn man das tut, dann stellt man fest, dass die Südvariante weniger den Landschaftsraum zerschneidet, auf bestehenden Infrastrukturen aufbauen kann und gleichzeitig auch noch umweltfreundlicher ist. Bisher galt sie nur deshalb als unwirtschaftlicher, weil eben zwei Brücken hätten gebaut werden müssen, um die Eisenbahntrasse zu queren.

(Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Meine Damen und Herren, die Frage, ob wir wirklich eine Ortsumgehung bauen wollen, die bei der Gemeinde und den Leuten vor Ort auf derartigen Widerstand stößt, ist also relativ einfach zu beantworten. Ich sage nein und befürworte, dass man zumindest ernsthaft prüft, ob das Problem der Bahnquerung nicht technisch anders gelöst werden kann. Die Strecke Ducherow–Heringsdorf verlässt hinter Zirchow den gewidmeten Bahndamm, weil die Überbauung der Trasse auf polnischer Seite eine Reaktivierung nicht mehr erlaubt. Das ist im Antragstext ja auch entsprechend beschrieben.

Somit muss die künftige Trassenführung ausschließlich auf deutscher Seite Richtung Heringsdorf verlaufen. Und würden jetzt sowohl die DB AG als auch das EBA einer teilweisen Verlegung der Eisenbahntrasse im Bereich Zirchow um circa 30 Meter nach Süden zustimmen, könnte eine Ortsumfahrung geprüft werden, die keine Kreuzung mit

der Bahntrasse mehr vorsieht und – das ist sicherlich auch sehr wichtig vor Ort – den Abriss der Wohnbebauung entbehrlich macht.

Die alternative Südvariante könnte dann zumindest teilweise auf dem heutigen Bahndamm der Südanbindung von Usedom verlaufen und dadurch würde der teure Neubau von Brücken entfallen, der Flächenverbrauch fiel geringer aus und die Eingriffe in die Natur könnten minimiert werden.

Klar ist, die Menschen in Zirchow erwarten eine dauerhafte Lösung, die sie entlastet. Und möglicherweise kann diese tatsächlich in einer modifizierten Südvariante gefunden werden. Daher sage ich, entsprechende Gespräche mit der DB AG sollte das Wirtschaftsministerium in jedem Fall führen. Dazu fordern wir in diesem Antrag jetzt noch mal auf.

Nun kann man wieder rumlästern und sagen, das ist ein klassischer Rückenwindantrag.

(Torsten Renz, CDU: So ist es,  
absolut unzweideutig erkannt. –  
Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich denke, es schadet auf jeden Fall nicht, wenn der Minister heute mit einem klaren Votum hier rausgehen und sagen kann,

(Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,  
und Torsten Renz, CDU)

die Abgeordneten des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern fordern die Prüfung einer Alternative im Sinne der Menschen vor Ort. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, komme ich noch einmal zurück auf den Redebeitrag von Herrn Waldmüller und weise das Wort „verarschen“ als unparlamentarisch zurück.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: Ist aber so!)

Ich weise es trotzdem als unparlamentarisch zurück.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und, Herr Waldmüller, Sie wissen auch, dass Sie nicht zu kommentieren haben, was ich hier, welche Ordnungsmaßnahmen beziehungsweise was ich hier sage. Vielen Dank!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Damm.

**Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete der demokratischen Fraktionen! Wir befassen uns heute mit einem Antrag, der ein hausgemachtes Thema behandelt, die Ortsumfahrung Zirchow. Das Land schaut ja seit Jahren zu, wie die Insel insgesamt im Verkehr versinkt. Sicher ist es richtig, die Südvariante für die Umfahrung zu prüfen, nicht nur, weil die Bürger/-innen vor Ort sich das wünschen, sondern auch, weil es sinnvoll ist, die Synergie zur absolut notwendigen Südanbindung der Bahn der Insel zu nutzen. Wozu es da aber einen Antrag des Landes braucht, erschließt sich auch mir nicht.

Liebe Landesregierung, machen Sie! Machen ist wie wollen, nur krasser. Setzen Sie sich mit der Bahn und dem Eisenbahnbundesamt zusammen und sehen zu, dass Sie endlich eine verbindliche Zusage für die Südanbindung mit der Bahn bekommen!

(Marcel Falk, SPD:  
Das ist ja ein ganz toller Tipp!)

Schluss mit Lippenbekenntnissen! Lassen Sie die Menschen in Zirchow nicht länger warten!

In einer Woche der klimapolitischen Ambitionslosigkeit freut es uns natürlich auch, dass Sie auch ökologische Aspekte in Ihre Abwägungen haben einfließen lassen. Die Trasse nicht durch ein Niedermoorgebiet zu führen und stattdessen Bundesstraße und Bahnstrecke zu bündeln, ist ökologisch sinnvoll, keine Frage.

(Marcel Falk, SPD: Oh, Zustimmung!)

Aber wie so oft greift der Antrag viel zu kurz. Es ist richtig, die Anwohner/-innen in Zirchow von den Blechmassen zu entlasten.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Es ist richtig, dass die Verkehrsbelastung durch die Öffnung des Swinetunnels nochmals gestiegen ist. Straßenbauprojekte erzeugen immer zusätzlichen Verkehr und auch massive Kosten. Eigentlich wissen wir das auch alle. Und dennoch ist die neue Straße offensichtlich so attraktiv, dass sie als vermeintliche einfache Lösung hergenommen wird. Falsch wäre es, deshalb zu glauben, dass die Ortsumfahrung das massive Verkehrsproblem auf der Insel Usedom lösen würde. Deshalb braucht es endlich ein nachhaltiges Verkehrskonzept und nicht eine Straßenbaumaßnahme nach der anderen, die zwar einzelne Orte entlastet, in der Summe aber nur noch mehr Autos nach Usedom schleust.

Deshalb will ich auch über die Reaktivierung der Südanbindung Usedom zwischen Ducherow und Heringsdorf sprechen. Die taucht abgesehen von der Verlegung in Ihrem Antrag nämlich gar nicht auf. Dabei liegt der Schienenpersonenverkehr im Gegensatz zur Ortsumfahrung sogar in der direkten Verantwortung des Landes. Im Januar 2023 hat der damalige Wirtschaftsminister Meyer die drei Varianten für die Reaktivierung vorgestellt. Das ist jetzt fast drei Jahre her.

(Wolfgang Waldmüller, CDU: So ist es.)

Damals hat er angekündigt, die Vorplanung zu beginnen und eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung in Auftrag zu geben. Wo sind die seit einem Jahr versprochenen Ergebnisse?

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Um die B 110 und die Insel Usedom wirklich zu entlasten, brauchen wir starke und gut ausgebaute Alternativen zum Auto. Die Landesregierung sollte deshalb jetzt Tempo machen bei der Reaktivierung der Südanbindung, denn Zeit ist Geld. Jedes verschleppte Jahr bei der Planung lässt die Baukosten weiter steigen. Jedes verschleppte Jahr bei der Planung lässt die Automassen auf Usedom weiter anwachsen. Jedes verschleppte Jahr bremst Klimaschutz und die Verkehrswende aus.

Werte Abgeordnete von SPD und Linke, es wäre schön, wenn Sie sich mit der gleichen Energie für die Reaktivierung der Südanbindung Usedom einsetzen würden wie für die Ortsumfahrung Zirchow. Bahnverkehr vor Autoverkehr! Ungeachtet dessen ist es sinnvoll, die Südvariante und die Verlegung der Bahntrasse natürlich zu prüfen. Wir stimmen dem Antrag deshalb zu. Wir stimmen auch der Überweisung in den Ausschuss zu, weil ich auch denke, nach den Jahren macht es keinen Unterschied mehr. Mich würden die Argumente der Bahn auch interessieren, denn auch wir hatten Fragezeichen, warum das heute hier im Landtag diskutiert werden muss. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von Marcel Falk, SPD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Herr Wulff.

**David Wulff, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Das Problem, was jetzt hier beschrieben wurde, das betrifft ja nicht nur



die Anwohnerinnen und Anwohner in Zirchow. Da fahren zwar die Autos alle durch und dann haben wir den Lärm und den Verkehr halt in dem Ort, aber es betrifft ja natürlich auch alle die, die da durchfahren müssen. Das heißt also, der ganze Verkehr, der ganze Verkehrsfluss auf der Insel, das haben wir an anderer Stelle ja auch schon mal hinreichend diskutiert, da schiebt sich im Sommer eine Blechlawine nach der anderen quer über die Insel von Nord nach Süd und umgekehrt.

Das heißt also, dass wir hier eine Entlastung schaffen müssen und hier auch die Möglichkeit haben, eine Entlastung zu schaffen, das halte ich einfach nur für geboten. Im Kreistag hätte ich gesagt, wenn die SPD so einen Antrag einbringt, bevor das nicht im Ausschuss beraten wurde, entscheiden wir hier erst mal gar nicht. Aber da die SPD ja hier wieder weiß, was sowieso die sinnvollere Variante ist, und hier auch die Mehrheit stellt, brauchen wir uns im Ausschuss damit ja nicht zu befassen, wobei mich durchaus interessieren würde, was denn noch einige Experten, die Bahn und ähnliche, dazu sagen.

(Rainer Albrecht, SPD: Das  
können wir ja trotzdem machen.)

Dann bin ich gespannt, ob wir das dann trotzdem machen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wir wollen das Ganze aber nicht verhindern, an der Stelle vorneweg. Wir brauchen dort eine Lösung, die Südvariante scheint auf den ersten Blick ökologisch und auch verkehrstechnisch und von der Akzeptanz die beste Variante zu sein. Deswegen unterstützen wir diese Variante hier auch an der Stelle.

Die Frage, die ich mir nur stelle, ist, was passiert, wenn die Bahn sagt, nein, machen wir nicht. Planen wir dann die Nordvariante trotzdem parallel? Oder sagen die Anwohner in Zirchow, also wenn die Südvariante nicht kommt, dann wollen wir den Verkehr lieber doch weiter durch unseren Ort haben?

(Falko Beitz, SPD: So ist das.)

Das kann ich mir ehrlicherweise

(Falko Beitz, SPD: So ist das.)

schwer vorstellen. Aber wenn das so ist, dann muss man da natürlich gucken, dass wir da entsprechende Lösungen halt finden.

Und da wir ja eh schon im Gespräch mit der Bahn sind und den Flughafen hier erwähnen: Also eine verkehrstechnische Anbindung, straßenseitig, also autoseitig, an den Flughafen mag zwar irgendwie sinnvoll sein, aber viel sinnvoller wäre eine Anbindung des Flughafens am Schienenverkehr, weil da haben wir nämlich das Problem, der Flughafen wird überwiegend genutzt von Gästen auf dem Süden der Insel. Dort schafft man das noch mit den Hotel-Shuttles, die Leute dann irgendwie abzuholen. In den Norden der Insel, wer dort mit dem Flieger ankommt, die werden da schon gar nicht mehr hingefahren, weil die durch den Verkehr auf der Insel gar nicht mehr durchkommen. Das heißt, es lohnt sich gar nicht für die.

(Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Würde man da die Bahnanbindung hinbekommen, dann könnte man den Norden der Insel touristisch auch an den Flughafen anbinden, was momentan einfach nur aufgrund der Verkehrsdichte nicht funktioniert.

(Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, Herr Damm, ökologisch mag das für Sie alles keinen Sinn machen. Verkehrstechnisch macht es aber absoluten Sinn.

(Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn wir über eine Verlegung der Bahntrasse reden, dann gebe ich das vielleicht gleich mal ins Stammbuch mit an den Minister, dass man das vielleicht in dem Zusammenhang mitmacht.

(Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Ende ...

(Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Damm, jetzt ist doch mal gut hier! Ich bin doch nicht die Regierung. Sie brauchen doch nicht gegen mich zu opponieren, das macht doch gar keinen Sinn!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So!

(Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Am Anfang hat man den Swinetunnel von der Landesregierung bekämpft. Dann hat man die Folgen ignoriert. Man hat eigentlich gar nicht geguckt, dass man sich darauf einstellt. Jetzt wird das als Ursache für mehr Verkehr genannt. Mit Verlaub, da hätte man früher auch ...

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter, ich weise darauf hin ...

**David Wulff, FDP:** ... reagieren können.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD Herr Beitz.

(allgemeine Unruhe –  
Henning Foerster, Die Linke:  
Nicht mehr viel los mit Jamaika!)

**Falko Beitz, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin!

(allgemeine Unruhe –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU –  
Glocke der Präsidentin)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde jetzt doch bitten, dass alle etwas zur Ruhe kommen, damit der Redner entsprechend seine Rede beginnen oder fortsetzen kann.

Bitte, Herr Beitz, Sie haben das Wort!

**Falko Beitz, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zum Abschluss dieser Debatte bedanken für die in weiten Teilen doch sachliche Debatte und für das gemeinsame Ringen um eine Lösung für Zirchow. Ich habe hier niemanden erlebt heute, der eigentlich irgendetwas gegen unseren Antrag in der Sache vorgetragen hat. Von daher bedanke ich mich für Ihre Unterstützung, auch wenn Sie vielleicht nicht alle dafür stimmen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Natürlich, natürlich sind auch Vorwürfe gefallen. Die AfD behauptet indirekt, wir hätten das Thema erst auf ihren Druck aufgegriffen. Herr Reuken hat einen Kreistagsbeschluss angeführt

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Ja, mal sehen!)

und hat angeführt, dass wir dagegengestimmt haben im Kreistag, übrigens mit der CDU zusammen.

(Thore Stein, AfD: Macht es nicht besser.)

Ich sage Ihnen auch, warum: Weil der Antrag falsch war.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Ja! Falsch, weil er von uns war, richtig?!)

Sie haben behauptet, in der Nordvariante würden Häuser abgerissen. Das ist inhaltlich falsch. Deshalb haben wir das zurückgewiesen. Ich habe auch im Kreistag schon darauf hingewiesen,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Das glaubt Ihnen doch kein Mensch.)

dass wir eine modifizierte Südvariante auf den Weg bringen werden.

(Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie zu diesem frühen Zeitpunkt eine Zwischenfrage?

**Falko Beitz, SPD:** Ja.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Bitte, Herr Renz!

**Torsten Renz,** CDU: Danke, Herr Kollege!

Ihr Antrag sieht ja im Aufforderungsteil im Wesentlichen vor, dass Gespräche geführt werden sollen. Wir glauben, es soll mehr Verbindlichkeit eingeführt werden. Deswegen haben wir den Vorschlag – und dazu möchte ich gerne Ihre Meinung hören –, der Landtag sollte auch natürlich wissen, wie die Ergebnisse der Gespräche sind. Deswegen wollen wir möglicherweise einen Änderungsantrag stellen, der beinhaltet, dass der Minister zum 30.06. Bericht erstatten soll. Was halten Sie von diesem möglichen Änderungsantrag?

**Falko Beitz,** SPD: Ich halte von dem Änderungsantrag insofern nicht viel, weil ich nicht weiß, ob die Gespräche bis dahin abgeschlossen sein werden. Stellen Sie sich vor, wir schreiben, der Minister schreibt einen Brief an die Bahn. Was denken Sie, was dabei rauskommt als Erstes?

(Marc Reinhardt, CDU: Nischt!)

So! Es wird politischen Druck erfordern. Deshalb ist es kein Rückenwindantrag. Deshalb stellen wir den hier, weil sich das Parlament des Landes Mecklenburg-Vorpommern dazu bekennen soll, dem Minister in dieser Auffassung bekräftigen soll, mit der Bahn zu verhandeln. Und wir müssen, da bin ich der festen Überzeugung, oben einsteigen, und da brauchen wir Sie auch. Wir regieren zusammen im Bund. Ich erwarte, dass Sie uns helfen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

mit Ihren Bundestagsabgeordneten, mit Ihrem Staatssekretär diese Lösung durchzubringen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie ...

**Falko Beitz, SPD:** Wir können gerne, wir können gerne,

(Zurufe von Julian Barlen, SPD,  
und Torsten Koplin, Die Linke)

wir können das gerne im Ausschuss gemeinsam

(Zuruf von Julian Barlen, SPD)

zu gegebener Zeit aufsetzen und Bericht erstatten. Das Recht haben Sie, das Recht haben wir. Das können wir zusammen machen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke –  
Zuruf von Enrico Schult, AfD)

Die AfD hat behauptet, darauf bin ich eingegangen, dass ein Kreistagsbeschluss notwendig war. Ich hatte gesagt, dass es ein inhaltlich fehlerhafter Antrag war, deswegen haben wir ihn abgelehnt. Das war im Übrigen die gleiche Sitzung, als Sie geschlossen für die Ölförderung auf Usedom gestimmt haben.

(Marcel Falk, SPD: Ja, genau! Richtig!)

Es wurde so getan, als hätten wir hier zu spät gehandelt.

(Zuruf von Stephan J. Reuken, AfD)

Meine Damen und Herren, wer so spricht, der lässt bewusst Wesentliches weg.

Erstens. Wir sind seit Jahren in Zirchow präsent und sprechen seit Langem mit der Gemeinde, mit den Anwohnerinnen und Anwohnern und mit der Bürgerinitiative, und

zwar lange bereits, bevor die AfD das Thema für sich entdeckt hat. Wir haben Zwischenschritte eingeführt, eine Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 Kilometer pro Stunde, und wir haben auch im Kreistag einen stationären Blitzer durchgesetzt. Ich verstehe, dass das den Menschen vor Ort noch zu wenig ist, aber wir sind nicht tatenlos gewesen, sondern haben versucht, die Situation, bis eine Ortsumgehung realisiert ist, ein Stück weit zu verbessern.

Und es ist gerade nicht zu spät, jetzt eine weitere Variante ernsthaft zu prüfen. Der Bund hat noch nicht final über die Vorzugsvariante entschieden, also haben wir dieses Zeitfenster, um noch einmal verantwortungsvoll über diese Situation zu entscheiden. Wir haben dafür die Kriterien überdacht. Die heilige Kuh, der Bahndamm ist tabu. Haben wir überlegt, ob das noch haltbar ist vor der gegenwärtigen Situation, und wir sind der Auffassung, dass man vor dem Hintergrund, dass die historische Strecke hinter Zirchow ohnehin den historischen Bahndamm verlassen muss, einmal überdenken kann, hier beide Projekte einmal übereinander zu legen. Deshalb war es konsequent, den Standpunkt zu hinterfragen, und daraus ist diese modifizierte Südvariante entstanden.

Ich möchte mich für die Rede des Ministers ausdrücklich bedanken. Er hat auf den gesunden Menschenverstand hingewiesen, und dazu ermahne ich alle, die in Berlin im DB-Tower sitzen, einmal den gesunden Menschenverstand einzuschalten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Ein bisschen enttäuscht, nicht ein bisschen, sondern ganz schön enttäuscht hat mich die Rede von Herrn Waldmüller. Ich weiß, Herr Waldmüller, wir haben uns auch schon mal bilateral darüber unterhalten, dass Sie vor Ort waren in Zirchow und sich mit der Bürgerinitiative getroffen haben. Und daher gehe ich davon aus, und das weiß ich auch, dass Sie die Situation vor Ort sehr gut kennen.

Sie haben gesagt, wir haben nicht, das Ministerium hat nicht kommuniziert. Ich war allein auf drei Bürgerveranstaltungen, auf denen der Minister, der damalige Minister, zunächst einmal informiert hat, dass er den Planungsanstoß gegeben hat, dann



wurden die Varianten vorgestellt, dann wurde Unmut geäußert und dann gab es eine Verabredung, dass der Minister Meyer noch mal mit dem Bundesverkehrsminister Wissing spricht, ob es nicht möglich ist, die große Südvariante mit den beiden Brücken trotzdem zu bauen. Diese Gespräche sind abschlägig oder sind nicht in unserem Sinne verlaufen. Der Bundesverkehrsminister hat gesagt, mit Blick auf den Haushalt ist das nicht möglich.

Dann gab es eine dritte Bürgerveranstaltung. Die fand in meiner Gemeinde statt, weil in der Gemeinde Zirchow kein Saal zur Verfügung stand. Dort haben wir das noch mal mit den Bürgerinnen und Bürgern besprochen. Und das war für die Bürger nicht zufriedenstellend am Ende, weil es am Ende hieß, wir können nur die Nordvariante umsetzen mit dem Bund. So!

Und was hätte der Minister an dieser Stelle eigentlich machen können? Er hätte sich gegen die Bevölkerung stellen können. Er hätte sagen können, ich schicke die Akte trotzdem nach Berlin. Dann sagt das Verkehrsministerium, die Nordvariante geben wir frei, dann kommt das Ganze zurück nach Schwerin, und dann hat er zwei Möglichkeiten: Entweder er löst den Bau aus, schreibt den Bau aus, oder er hört auf die Bevölkerung und sagt, wir legen das wieder beiseite. Damit ist doch niemandem geholfen.

Auch mit Blick auf Herrn Damm, was ist in den letzten Jahren passiert: Wenn das Verkehrsministerium gehandelt hätte, so, wie Sie das fordern, ganz schnell, dann wäre die Sache heute schon entschieden, und zwar nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Das will ich einmal festhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Herr Waldmüller hat die Übernahme der Kosten einer ungefähr 600 Einwohner starken Gemeinde angesprochen. Ich möchte mal wissen, welche Kommunalaufsicht den Kredit für eine Bundesstraße in Höhe von 12 Millionen Euro bewilligen will.

(Marcel Falk, SPD: Ja, genau!)

Das kann doch kein ernsthafter Vorschlag sein, von der Unterhaltung der Brückenbauwerke, die die Gemeinde dann auch übernehmen müsste, mal ganz, das mal ganz ausgeklammert. Also wir haben hier kein Placebo, wie behauptet wurde, sondern einen notwendigen Antrag, der hier helfen soll, eine Lösung zu finden. Eine Überweisung verzögert das Verfahren aus meiner Sicht nur. Wir können im Ausschuss jederzeit darüber reden, da habe ich überhaupt nichts dagegen, aber wir wollen jetzt hier mit dieser modifizierten Südvariante starten.

Herr Damm, es gibt so einen, Sie haben gefragt nach einem oder hatten gesagt, wir hätten kein Verkehrskonzept. Es gibt Verkehrskonzepte für die Insel Usedom ohne Ende.

(Zuruf von Hannes Damm,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Integrierte Verkehrskonzept Insel Usedom-Wollin trägt die Jahreszahl 2014. Und das befindet sich stückweise in der Umsetzung und das ist Handlungsleitfaden des Ministeriums. Da stehen Projekte drin, da können Sie sich gar nicht mehr vorstellen, dass die da mal dringestanden haben, da sie längst umgesetzt sind. Aber der Verkehr hat richtigerweise nicht abgenommen.

(Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Aber dann ist doch was falsch an dem Konzept.)

Und wir sind nicht gegen die Bahn, wir sind für die Bahn, aber wir haben, wir haben als Land sogar, wir sind in Vorleistung gegangen und haben die Studie finanziert, den ersten Schritt, ...

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter ...

**Falko Beitz,** SPD: ... um den Bund davon zu überzeugen, dass es ein wirtschaftliches Projekt ist. Unterstellen Sie uns nicht, dass wir gegen die Bahn sind!

Herr Waldmüller!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Waldmüller?

**Wolfgang Waldmüller, CDU:** Ja, vielen Dank!

Herr Beitz, Sie haben gerade noch mal ausgeführt zu den Varianten, warum auch die Bahnverlegung ist, damit eben keine Querungen stattfinden sollen, weil die Baukosten dementsprechend groß sind. Ist denn auch die Variante geprüft worden, was auch mit der, was auch die BI vorgeschlagen hat, eine Variante, wo nur eine Querung stattfindet – und die BI hat nicht gesagt, dass sie die ganze Strecke bauen oder die Mehrkosten, sondern diese eine Querung, diese Brücke, dass sie da die Kosten übernehmen –, diese Variante, wo nur eine Querung, haben Sie das dann auch erwogen?

**Falko Beitz, SPD:** Die Varianten, die sind im Ausschuss dargestellt worden. Es gibt x Untervarianten. Und wenn ich mir vorstelle, es geht, es gibt einen Bahndamm, und den muss ich kreuzen und ich muss hinterher an die B 110 anbinden, dann brauche ich immer zwei Brücken.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Und wir können Ihnen das alles noch mal zur Verfügung stellen, aber das haben Sie auch, die Variantenuntersuchung. Daraus sind zwei Vorzugsvarianten entstanden, eine Vorzugsvariante Nord und eine Vorzugsvariante Süd. Diese beiden sind in die engere Auswahl gekommen, das wissen Sie. Und ich habe jetzt eine neue oder wir haben eine neue Variante jetzt hier ins Spiel gebracht, die den Bahndamm mitnutzt aus geschilderten Gründen, und die steht heute zur Debatte.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ich weise jetzt darauf hin, dass die Redezeit für die Beantwortung der Zwischenfrage abgelaufen ist und Sie insofern jetzt mit Ihrer Rede fortfahren können.

**Falko Beitz**, SPD: Vielen Dank!

Wir haben heute gezeigt, meine Damen und Herren, dass wir bereit sind, eine Lösung zu erkämpfen mit Augenmaß und Sachverstand, mit dem klaren Ziel, die Lebensqualität vor Ort spürbar zu verbessern. Ich bitte Sie, geben Sie der modifizierten Südvariante eine Chance! Nutzen wir das Zeitfenster, in dem der Bund sich noch nicht final entschieden hat, diese Option seriös zu prüfen. Das wäre ein wichtiges Signal für Zirchow, für die Insel Usedom und für Mecklenburg-Vorpommern, das seine Gemeinden nicht alleinlässt. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse**: Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Wie Sie sehen, liegt noch eine Kurzintervention durch Herrn Damm vor.

Bitte, Herr Damm!

**Hannes Damm**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Herr Abgeordneter, Sie müssen sich halt schon für eine Variante entscheiden, die Sie hier vortragen wollen. Also auf der einen Seite sagen Sie, es ist Ihnen total wichtig, dass es jetzt schnell vorangeht, deswegen können wir es leider nicht in den Ausschuss überweisen. Gleichzeitig sagt Ihr Minister, er ist dabei, gleichzeitig sagen die regierungstragenden Fraktionen, sie sind dabei. Alle wissen, Sie haben die Mehrheit im Parlament, es wird sowieso passieren. Was hindert Sie daran, dazu Pressearbeit zu machen, genau mit demselben Rückenwind nach außen zu gehen?

Dann sagen Sie auf der anderen Seite, jetzt haben Sie es ins Parlament gebracht, das konnte jetzt also diese vier Wochen noch mal warten – bei Ihnen dauert die Antragsabstimmung sogar noch länger eigentlich, ehrlich gesagt –, aber in die Ausschüsse schaffen wir es leider nicht mehr, sagen aber gleichzeitig, Sie brauchen für die Unterstützung alle Fraktionen hier im Landtag, und deswegen müssten wir jetzt mal alle hier mit zustimmen, ohne dass wir genau die Argumente vorher kennen.

Also das macht aus meiner Sicht keinen Sinn. Entweder, Sie entscheiden sich, die vier Wochen Landtag sich zu sparen und mit Ihren Stimmen und mit Ihrem Minister einfach zu machen, oder Sie nehmen wirklich alle mit und sorgen dafür, dass wir auch guten Gewissens zustimmen können. Eins von beidem geht nur.

(Zuruf von Philipp da Cunha, SPD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter, möchten Sie darauf erwidern?

**Falko Beitz, SPD:** Ja.

Ich habe gesagt, wir möchten heute, wir möchten den Antrag heute beschließen und damit ein Signal an die Zirchowerinnen und Zirchower senden, dass wir nicht erst irgendwie in die Ausschüsse vertagen,

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

sondern heute Ja sagen. Das ist mein Ziel.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

Und ich würde mich freuen, wenn auch Sie mit Ihren Bundestagsabgeordneten sprechen, aber wichtiger sind mir an der Stelle tatsächlich die CDU-Abgeordneten,

(Torsten Renz, CDU: Ei, jei, jei!)

weil sie noch was zu entscheiden haben.

(Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Ums Wort gebeten hat jetzt noch einmal für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Herr Damm.

(Unruhe bei Julian Barlen, SPD,  
und Sebastian Ehlers, CDU)

**Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Sehr geehrtes Präsidium!

Herr Wulff, ehrlich gesagt, also jetzt zu kommen, in so einer Rede, und zu sagen, die Lösung, eine sinnvolle, sachliche Lösung hier wäre, über die Fluganbindung der Insel nachzudenken, da greife ich mir wirklich als Grüner, aber auch als normal denkender Mensch aus diesem Land an den Kopf.

(Stephan J. Reuken, AfD:  
Ja, das widerspricht sich.)

Die, die mit dem,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

die auf die Insel kommen wollen,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

wenn die auf die Insel kommen wollen, das ist der Hauptanteil des Verkehrs, dann müssten die ja erst mal irgendwo losfliegen. Das heißt, sie müssten nach Berlin fahren, um mit dem Flugzeug nach Usedom zu fliegen,

(Stephan J. Reuken, AfD:  
Das ist doch Quatsch!)

um die Verkehrsbelastung auf Usedom zu reduzieren. Das macht keinen Sinn. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Stephan J. Reuken, AfD: Die meisten  
Fluggäste kommen aus der Schweiz.)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(allgemeine Heiterkeit und Unruhe)

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor und ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke auf Drucksache 8/5434. Im Rahmen der Debatte ...

(allgemeine Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da wir uns jetzt der Abstimmung nähern, bitte ich um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit, damit auch alle wissen, worüber wir jetzt abstimmen.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden die Überweisung des Antrages in den Wirtschaftsausschuss. Wer stimmt für diesen Überweisungsantrag, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Überweisungsantrag bei Zustimmung durch die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, Gruppe der FDP und der Fraktion der AfD sowie der fraktionslosen Abgeordneten, Gegenstimmen durch die Fraktionen Die Linke und SPD abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und Die Linke auf Drucksache 8/5434. Wer dem zuzustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Und die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag bei Zustimmung durch die Fraktionen Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gruppe der FDP, AfD und Enthaltung durch die Fraktion der CDU sowie der fraktionslosen Abgeordneten angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 8/5492 zum Thema „Fortbestand der Antidiskriminierungsberatungsstellen sichern“ vorgelegt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach dem Tagesordnungspunkt 35 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung des Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34**: ...



(Präsidentin Birgit Hesse)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 34**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Deutsche Steuerzahler schützen – Keine EU-Reparationsanleihe für die Ukraine Drucksache 8/5429.

**Antrag der Fraktion der AfD**  
**Deutsche Steuerzahler schützen –**  
**Keine EU-Reparationsanleihe für die Ukraine**  
**– Drucksache 8/5429 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD Herr Tadsen.

**Jan-Phillip Tadsen**, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute in Mecklenburg-Vorpommern! Was ist denn da in Brüssel los?

(Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Frau von der Leyen arbeitet seit einiger Zeit an einem wahrlich ambitionierten Plan. Über eine sogenannte Reparationsanleihe soll Russland dazu gebracht werden, im Falle eines Kriegsendes für schuldenfinanzierte Kriegsaufwendungen der EU geradezustehen. Die Grundlage dieses Gedankens ist, dass Russland den Krieg verlieren wird. Wer glaubt hier heute ernsthaft, meine Damen und Herren Abgeordnete, wer glaubt von Ihnen hier heute ernsthaft an ein solches Szenario?

Die Anleihe beziffert ein heftiges Finanzierungsvolumen von 140 Milliarden Euro. 140 Milliarden Euro! Und an die Bürger unseres Landes gerichtet, das ist eine weit von den Wirklichkeiten Europas entfernte Politik der EU-Kommission. Ohne eine rechtswidrige Enteignung russischer Vermögen wird dieser Weg nicht funktionieren, meine Damen und Herren.

Der Eindruck wurde erhärtet, dass die EU finanzpolitisch wie ein naiver Wanderer im Nebel agiert, ohne auch nur ein wenig Sonnenlicht erwarten zu können. Es ist der

Journalist Werner Mussler, der das Vorhaben in wenigen Sätzen auf den Punkt bringt, ich darf zitieren: „Der Aggressor Russland muss bezahlen; da die EU ihn aber nicht enteignen darf, springen am Ende doch die europäischen Steuerzahler ein.“ Zitatende.

Meine Damen und Herren, unsere Steuerzahler aber, sie haben Fragen, sie haben Fragen an Sie alle. Sie haben Fragen, was mit ihrem Geld passiert, denn der Finanzierungsplan der EU trifft gerade jetzt, gerade jetzt, hier und heute in unserem Bundesland auf einen längst entbrannten Verteilungskampf in unserem schönen Mecklenburg-Vorpommern,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und wir sind auf der Seite der Bürger, die diesen Kampf am Ende gewinnen müssen.

Gestern berichtete uns Innenminister Pegel hier im Landtag in Bezug auf meine Frage, dass die Stadt Sternberg beispielsweise aufgrund eines Fristablaufs wohl fast 1 Million Euro nun doch selber für den Neubau ihrer Kita aufbringen muss, weil, und das ist der Punkt dabei, weil der gesetzte Abrechnungspunkt der EU in ihrem Fördertopf ausläuft. Genau das ist ein harter Schlag für meine Kommune, die ohnehin in eine düstere Haushaltslage schaut. Was denken wohl die Sternberger, was denken die Bürger in dieser Stadt darüber, dass die EU solche Regeln für grundsätzlichsste Grundlagen der sozialen Daseinsvorsorge beschlossen hat? Was glauben Sie eigentlich, wie in den kommenden Wochen auf dem Marktplatz in Sternberg, wo die Leute natürlich politisch interessiert sind, sie über die EU sagen werden? Ich kann Sie nur alle, auch die Kolleginnen von der SPD, die ja hier im Land aktiv sind – und Frau Klingohr sei auch angesprochen als Vertreterin des Wahlkreises –, mit diesen Bürgern ins Gespräch zu gehen. Der Wahlkampf wird sicherlich viele Infostände auf dem Marktplatz dazu ermöglichen.

(Christine Klingohr, SPD: Ja bestimmt,  
Sie kümmern sich ja sonst auch so super,  
also von daher – unglaublich!)

Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof, er war schon Thema in dieser Woche.

(Christine Klingohr, SPD: Ja, da können  
Sie sich mal ein Beispiel dran nehmen!)

Er kritisiert öffentlich, dass Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden Jahren

(Zurufe von Philipp da Cunha, SPD,  
und Sebastian Ehlers, CDU)

eine Finanzierungslücke von circa 3 Milliarden Euro droht. Der Rechnungshof warnt eindringlich davor, dass es wegen der Haushaltsprobleme beim Bund und bei der EU in dieser Form einfach so nicht mehr weitergehen kann. Das Thema ist offensichtlich, es brennt.

Liebe Bürger unseres Landes, angesichts einer solchen Perspektive ist es unverantwortlich, wenn die EU unsere Steuerzahler für einen schon viel zu lange andauernden Krieg in die kommunalen Haushalte hineingeht

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

und weiter belasten will. Ganz Deutschland ist einem hochgradig belastenden Finanzierungsrisiko ausgesetzt.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Meine Damen und Herren, der vergangene EU-Gipfel in Brüssel hat den Plan für eine Reparationsanleihe nicht gestoppt, aber auch noch nicht konkret auf den Weg gebracht, die Idee existiert weiter.

(Tilo Gundlack, SPD: Von was  
reden wir denn jetzt eigentlich?)

Das Ergebnis des Gipfels ist, die Kommission einzuladen, weiterhin entsprechende Optionen für die Unterstützung der Ukraine auszuarbeiten. Solange aber die Reparationsanleihe, die eigentlich ja besser benannt ist als die EU-Schuldenfalle, nicht definitiv ausgeschlossen werden kann, ist es notwendig, auf allen politischen Ebenen Druck auszuüben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Daher fordern wir die Landesregierung auf, mit unserem heutigen Antrag sich auf Bundes- und europäischer Ebene gegen die Ausreichung einer solchen Reparationsanleihe, die ein unglaubliches Risiko birgt, einzusetzen.

Meine Damen und Herren, heute geht es darum, die finanziellen Interessen unserer Bürger hier im Bundesland auf dieser EU-Ebene zu vertreten. Der anstehende EU-Gipfel – er kommt ja bald, Frau Ministerin, im Dezember – wird die Finanzierungsfrage erneut auf die Tagesordnung heben. Frau Ministerin Martin sollte mit einem klaren Auftrag nach Brüssel gehen. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Gemäß Paragraf 84 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung ist eine Aussprachezeit von bis zu 35 Minuten vorgesehen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat für die Landesregierung die Wissenschafts- und Europaministerin Frau Martin.

**Ministerin Bettina Martin:** Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich könnte es mir jetzt leicht machen und es ablehnen, mich als Landesministerin über Fragen der Außenpolitik zu äußern. Ich

werde auch nicht in Brüssel, so, wie Sie es gerade suggeriert haben, über diese Frage abstimmen können. Aber,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Nee, aber Sie sind ja  
Europaministerin und können ja Einfluss ...)

aber dieser Antrag kann nicht unkommentiert bleiben. Es geht hier um die Frage, wie nach diesem grausamen, völkerrechtswidrigen Krieg Putins die zerstörte Ukraine wieder aufgebaut werden soll. Es geht darum, wie die Heimat von Millionen unschuldiger Menschen, die von Russland brutal zerbombt wurde, nach dem Krieg wieder aufgebaut werden kann.

Ich habe selbst im vergangenen Jahr unsere Partnerregion in Tschernihiw besucht und habe die Verwüstungen des Krieges dort gesehen.

Ich habe das Dorf Jahidne besucht, das von russischen Truppen besetzt und zerstört wurde und wo alle Bewohner, Kinder, Frauen, Männer, Alte, zusammengetrieben wurden und im Keller der zerstörten Schule wochenlang wie Tiere zusammengepfercht gefangen gehalten wurden.

Ich habe in der Stadt Tschernihiw Wissenschaftler an der Universität getroffen, die bereits zum zweiten Mal angegriffen und zerstört wurde. Inzwischen übrigens zum dritten Mal. Ich habe mir in einem Kindergarten angesehen, wo die Kleinen bei Luftalarm ausharren müssen, in einem kalten Keller ohne Sanitäreinrichtungen und mit sandigem Boden. Und ich habe die unzähligen zerstörten Wohnhäuser gesehen, wo Menschen über Nacht durch russische Raketen all ihr Hab und Gut und oft sogar ihr Leben verloren haben.

Russland führt diesen brutalen Krieg nicht nur auf dem Schlachtfeld, es führt ihn gegen die Zivilgesellschaft. Es zerstört ganz gezielt die Heimat der Ukrainer und es zerstört auch ganz gezielt Theater, Museen, Schulen, um ihre Kultur zu zerstören – seit nunmehr 3 Jahren, 8 Monaten und 21 Tagen und auch jetzt, in diesem Moment, während wir hier sprechen.

Von all diesem Leid kein Wort in dem Antrag der AfD, kein einziges Wort darüber, wie das Land, das so brutal angegriffen und zerstört wird, wie es,

(Torsten Koplin, Die Linke: So herzlos, ja.)

wie es nach diesem furchtbaren Krieg wieder aufgebaut werden soll.

(Beifall vonseiten der  
Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke,  
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
und René Domke, FDP –  
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU

Kein Wort der Kritik an diesem völkerrechtswidrigen und grausamen Vorgehen Putins. Ich kriege das gar nicht in meinen Kopf, ich finde das so unglaublich beschämend!

(Torsten Koplin, Die Linke: Ja.)

Wer über den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg spricht, und ich hoffe von Herzen, dass diese Zeit so schnell wie möglich beginnt, der muss zuallererst klar benennen, wer die Verantwortung für all die Zerstörung in der Ukraine trägt, und das ist Russland. Kein Wort davon im Antrag, und kein Wort davon, dass es vor allem Russland ist, das zur Verantwortung gezogen werden muss, wenn es um Reparationszahlungen, um den Wiederaufbau geht. Diese Tatsache steht hinter der Option, die eingefrorenen russischen Vermögenswerte dafür zu nutzen, für den Fall, dass Russland seiner Pflicht der Reparationszahlung nicht nachkommen sollte.

Was ist denn die Alternative, die die AfD vorschlägt?

(Horst Förster, AfD: Hat das irgendwo noch  
einen Realitätsbezug, was Sie da sagen?)

Sie wollen die Ukraine allein mit der Zerstörung stehen lassen oder nehmen einfach billigend in Kauf,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

dass die gesamte Last auf Europa fällt und damit auf den Steuerzahler. Doch dazu keine Aussage. Stattdessen will die AfD mit diesem Antrag bei den Bürgerinnen und Bürgern in M-V den Gedanken einpflanzen, dass der deutsche Steuerzahler angeblich ein Risiko zu tragen hätte, wenn die eingefrorenen russischen Vermögenswerte für den Wiederaufbau herangezogen würden.

(Horst Förster, AfD: Natürlich! –

Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Das sagt Ihnen jeder Experte!)

Das kennen wir von der AfD: Statt Lösungen anzubieten,

(Horst Förster, AfD: Sie täuschen über das Risiko!)

geht es um Stimmungsmache, werden die Ängste der Bürgerinnen und Bürger instrumentalisiert für den eigenen Zweck.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,

Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Horst Förster, AfD: Sie täuschen

über das Risiko, das ist das Problem!)

Dabei verschweigt der AfD-Antrag auch, dass Frau von der Leyen von mehreren Optionen gesprochen hat, über die derzeit verhandelt wird.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das ist

ja eine Option, die im Raum steht.

Darüber diskutieren wir ja gerade!)

Und so haben auch die Staats- und Regierungschefs auf ihrer letzten Sitzung des Europäischen Rates am 23. Oktober über mögliche Optionen zur finanziellen

Unterstützung der Ukraine gesprochen. Der Rat weist die Kommission an, sobald wie möglich eine Liste von Optionen zur Deckung des finanziellen und militärischen Bedarfs Kiews vorzulegen.

Fest steht aber vor allem, die Ukraine ist von Russland völkerrechtswidrig überfallen worden. Der Aggressor heißt Putin, er hat die volle Verantwortung für die Zerstörung und das Leid in der Ukraine zu tragen, und deshalb steht Deutschland, steht Mecklenburg-Vorpommern von Anfang an und auch weiterhin fest an der Seite der Ukraine und ihrer Menschen in ihrem Abwehrkampf, denn die Ukraine kämpft dort vor Ort auch für uns, für unsere Demokratie, für unsere Freiheit.

(Horst Förster, AfD: Ach ne, das hatten wir doch  
auch schon mal am Hindukusch, dieses Märchen!)

Und deshalb unterstützt auch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unsere Partnerregion Tschernihiw seit Januar 2024 mit ganz konkreter Hilfe, mit ideeller Unterstützung, aber wir schlagen eben auch Brücken der Menschlichkeit,

(Der Abgeordnete Jan-Phillip Tadsen  
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

ermöglichen auch in diesen Zeiten des Krieges kulturelle, wirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Begegnungen für Kinder, für Jugendliche, zum Beispiel mit „Ferien vom Krieg“ in diesem und im vergangenen Jahr. Wir geben damit unseren Partnerinnen und Partnern in Tschernihiw Mut und Hoffnung und setzen das Zeichen, dass sie nicht allein sind in diesem ihnen aufgezwungenen Krieg.

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die Linke)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Ministerin Bettina Martin:** Nein danke!



Weil der Antrag nur ein weiterer Versuch ist, unsere Unterstützung für die Ukraine zu untergraben und mit den berechtigten Sorgen der Menschen über diesen schrecklichen Krieg spielt, bitte ich, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD, CDU, Die Linke und  
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Frau Ministerin!

Mir liegt jetzt die Kurzintervention von Herrn Tadsen vor. Bitte Herr Tadsen!

**Jan-Phillip Tadsen, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Frau Ministerin, in Ihrer Rede haben Sie den eigentlichen Schwerpunkt unseres Antrages, ich würde einmal sagen, höchstens gestreift. Sie sind auf die inhaltliche Fragestellung einer solchen Reparationsanleihe nicht eingegangen. Sie haben keinerlei Gedanken darüber verschwendet, welche Risiken für den deutschen Steuerzahler mit einer solchen Reparationsanleihe verbunden sind.

(Thore Stein, AfD: Weil es illegal ist!)

Ich frage mich ernsthaft – das ist eine suggestive Frage an mich selber –, inwieweit Sie überhaupt Herrn Klingbeil einmal selber zugehört haben, was er in letzter Zeit gesagt hat, nämlich, wenn diese Reparationsanleihe nicht kommen sollte, dann wird eines anstehen, neue Schulden und Deutschland wird einen großen Anteil daran tragen. Ich bin wirklich hochgradig verduzt und entsetzt darüber, dass Sie dieser Frage einfach hier so ausweichen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Frau Ministerin, möchten Sie darauf erwidern?

**Ministerin Bettina Martin:** Ich bin auch sehr verärgert darüber und auch entsetzt darüber, dass Sie keinerlei Alternative anbieten,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:  
Müssen wir ja nicht! –  
Heiterkeit bei Enrico Schult, AfD)

wie wir den Wiederaufbau in der Ukraine unterstützen, als Europa, als demokratische Staaten miteinander,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:  
Müssen wir gar nicht!)

einem Land, das zerstört wurde von Putin.

(Horst Förster, AfD: Dann müssen Sie  
Gaza unterstützen, gehen Sie in den Sudan,  
dann können Sie die halbe Welt aufbauen. –  
Zuruf von Petra Federau, AfD)

Das entsetzt mich, dass Sie keinerlei Vorschlag gemacht haben,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:  
Müssen wir nicht!)

und das riskiert hundert Prozent, ohne Vorschlag da reinzugehen, riskiert zu hundert Prozent, dass es am Ende beim Steuerzahler,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

nämlich in Europa, bei allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern endet.

(Thore Stein, AfD: Warum denn auch?  
Auf welcher Gesetzgebung denn,  
auf welcher Gesetzgebung denn?)

Weil Sie selbst gesagt haben,

(Glocke der Präsidentin –  
Thore Stein, AfD: Was hat denn  
die Ukraine mit Europa zu tun?

weil Sie selbst gesagt haben, dass Sie nicht davon ausgehen, dass  
Reparationszahlungen von Russland übernommen werden, und dann frage ich mich:  
Wo kommt denn das Geld her?

(Martin Schmidt, AfD: Ja, genau!  
Von uns, vom Steuerzahler! –  
Zuruf von Petra Federau, AfD)

Und ich halte es für absolut richtig, dass es aus Russland kommt, dieses Geld, und die  
eingefrorenen Vermögenswerte sind russisches Geld. Insofern bin ich sehr wohl auf  
Ihre Frage eingegangen und kann leider Ihre Ansicht zu diesem Thema nicht teilen.  
Das müssen Sie aushalten!

(Beifall vonseiten der  
Fraktionen der SPD und Die Linke –  
Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das halte ich aus!)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Frau Ministerin!

(Elke-Annette Schmidt, Die Linke: Sehr gut!)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU Herr Reinhardt.

(Horst Förster, AfD: Ist ja abenteuerlich!)

**Marc Reinhardt**, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu Beginn möchte ich mich für die Rede der Europaministerin bedanken, vielen Dank, Frau Martin, der ich mich voll und ganz anschließen kann

(Thore Stein, AfD: Ja, als zukünftiger Koalitionspartner machen Sie das schon sehr brav, Herr Reinhardt!)

und die ich dabei auch nur unterstützen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP)

Der vorliegende Antrag hat aber auch ein Gutes, er zeigt deutlich, wofür die AfD steht. Frau Weidel mag noch Pirouetten drehen, wenn es um die Reisen von AfD-Politikern nach Russland geht, weite Teile der Partei und Tino Chrupalla machen aus ihrer Sympathie für Russlands Politik und den russischen Präsidenten keinen Hehl.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus meiner Sicht macht dieser Antrag Politik auf dem Rücken der ukrainischen Zivilbevölkerung, wo es bereits mehrere Zehntausend Tote und Verwundete gibt.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sind Sie denn für die Reparationsanleihen?)

Aus meiner Sicht macht dieser Antrag auch Politik auf dem Rücken der Soldaten, die täglich an der Front sterben,

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Am Ende  
sind wir noch schuld an dem Krieg, oder was?!)

sowohl ukrainische als auch russische, die mit Sicherheit nicht alle freiwillig an der Front sind.

(Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD:  
Sie sind doch die Kriegstreiber!)

Und er macht damit aus meiner Sicht Politik gegen Waffenstillstand und Frieden.

Wenn die AfD eine Unterstützung der Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands ablehnt, beweist sie damit, dass sie der autoritären Herrschaft nähersteht als der Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner Sicht, und das will ich Ihnen ganz deutlich sagen, ist dieser Antrag gegen die Interessen von Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern gerichtet. Er ist zutiefst unpatriotisch,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von Elke-Annette Schmidt, Die Linke)

und er beweist letztendlich, dass mit der AfD kein Staat zu machen ist. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Mir liegt jetzt noch eine Kurzintervention durch Herrn Förster vor.

**Horst Förster**, AfD: Vielen Dank, Herr Reinhardt! Sie verdrehen völlig die Fakten. Es ist doch völlig un-,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –  
Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Ah ja, natürlich, ganz klar!)

es ist doch da völlig, es ist doch völlig unbestritten,

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Wenn  
man merkt, dass einem lauter Geisterfahrer  
entgegenkommen, ist man es vielleicht selbst!)

dass dieser Krieg völkerrechtswidrig ist und dass er zu verurteilen ist. Das wird jeden Tag neu von allen Seiten gesagt. Das ist nicht das Thema.

(Jeannine Rösler, Die Linke:  
Doch, das ist das Thema!)

Damit können Sie den Krieg nicht beenden und damit können Sie auch nicht den Wiederaufbau herstellen. Sie verknüpfen hier zwei Dinge, die gar nichts miteinander zu tun haben. Die Frage ist, ist es unsere Verantwortung, für den Wiederaufbau zu sorgen. Wir haben die Ukraine am meisten unterstützt von den europäischen Ländern. Frankreich und andere stehen da weit hinter uns.

(Zuruf von Dr. Harald Terpe,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht aber hierbei gar nicht um die Unterstützung direkt, sondern es geht darum, ob diese Reparationsanleihe irgendeinen realen, realistischen Hintergrund hat. Und es ist doch völlig abenteuerlich zu glauben, dass wir Russland zur Reparation zwingen können. Dem weichen Sie genauso aus, und zwar in der Weise, dass Sie uns dann

hier unterstellen, dass wir irgendwie in diesem Angriffskrieg Russland unterstützen würden.

(Daniel Peters, CDU: Das konnte  
man nun schon deutlich hören!)

Unsere Gedanken zu Russland beruhen ausschließlich darauf, dass dieser Krieg beendet werden muss,

(Beifall Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

unter Berücksichtigung der Vorgeschichte und der realen Situation und der Machtverhältnisse.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Und das ist etwas völlig anderes. Es ist,

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,  
und Daniel Peters, CDU, und  
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

es ist, ich will es ganz deutlich sagen, das Wort fiel gestern, es ist abscheulich, dass Sie dieser Frage ausweichen, um uns hier irgendwelche Sympathien dem Aggressor gegenüber zu unterstellen.

(Zuruf von Daniel Peters, CDU)

Nein, sagen Sie, wie denn ohne Belastung des deutschen Steuerzahlers diese Anleihe gesichert werden soll!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zurufe von Daniel Peters, CDU,  
und René Domke, FDP)

Das ist das Problem!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Daniel Peters, CDU)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Abgeordneter, möchten Sie darauf erwidern?

**Marc Reinhardt,** CDU: Ja, das möchte ich sehr gerne.

Sehr geehrter Herr Förster, Ihre Worte höre ich ja immer sehr wohl, der Glaube allein fehlt mir. Sie sagen immer, Sie verurteilen diesen völkerrechtswidrigen Krieg,

(Petra Federau, AfD: Ja, absolut!)

dann stellen Sie hier solche Anträge. Der Antrag alleine ist Beweis dafür, dass Sie das aus meiner Sicht nicht ernst meinen können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Torsten Koplin, Die Linke: Genau! –  
Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Das ist ganz einfach so, Herr Förster, und Ihre Position ist ja mit Abstand – Frau Weidel, die jetzt irgendwie sich ins Abseits gedrängt hat, weil sie wahrscheinlich eine andere Sozialisierung hat –, ist doch ganz klar, Sie fahren nach Russland, viele von Ihnen waren schon in ...

(Horst Förster, AfD: Darum geht es doch nicht! –  
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Doch, mir geht es aber darum. Ich darf doch hier selber entscheiden, was ich sage.  
Das ist ...



**Präsidentin Birgit Hesse:** Im Übrigen, Herr Förster, haben Sie jetzt nicht das Wort, sondern Herr Reinhardt.

**Marc Reinhardt, CDU:** Und dieser Antrag zeigt für mich ganz klar, dass Sie an gar keiner Lösung interessiert sind.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Genau!)

Na klar, hat aus meiner Sicht ganz klar Russland die Verantwortung, für den Aufbau in der Ukraine zu bezahlen.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:

Genau, genau! –

Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD: Wir sind die  
Einzigen, die an einer Lösung interessiert sind.)

Und wenn das nicht passiert, müssen wir da natürlich Hilfe leisten.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Genau!)

Wer soll das denn sonst tun? Wollen Sie das in Schutt und Asche liegen lassen, oder was ist Ihr Vorschlag?

(Ann Christin von Allwörden, CDU:

Am liebsten Ja, ne? –

Jeannine Rösler, Die Linke: Richtig! –  
Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

Sie haben hier noch keinen anderen Vorschlag gebracht,

(Ann Christin von Allwörden, CDU:

Interessiert uns ja alles nicht! –

Jeannine Rösler, Die Linke: Richtig!)

und wir warten jetzt mal ab, wie sich in Europa entschieden wird.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:  
Ist ja nicht unser Problem!)

Am Ende ist es Putins völkerrechtswidriger Krieg,

(Unruhe bei Petra Federau, AfD)

der hier dazu führt, dass es so viel unendliches Leid gibt, und das haben auch Sie anzuerkennen, und da erwarte ich auch von Ihnen,

(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)

dass Sie dem Aggressor deutlich entgegenzutreten. Das haben Sie bisher noch nicht getan. – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Unruhe bei Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD,  
Ann Christin von Allwörden, CDU,  
und René Domke, FDP)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD  
und Ann Christin von Allwörden, CDU)

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke ...

(Unruhe vonseiten der Fraktion der AfD –  
René Domke, FDP: Pscht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit und Ruhe, da ich den nächsten Redner aufrufe.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion Die Linke Herr Koplin.

(Unruhe bei Thore Stein, AfD, und  
Ann Christin von Allwörden, CDU)

**Torsten Koplin**, Die Linke: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich knüpfe da gern und nahtlos an.

Danke, Marc Reinhardt, für diese Klarstellung. Das musste hier einmal gesagt werden

(Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD)

in Richtung AfD, das kann sie gut vertragen!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde es unverschämt, unverschämt, dass Sie einen solchen Antrag hier vorlegen und begründen

(Horst Förster, AfD: Das macht einen  
fassungslos, das macht einen fassungslos! –  
Heiterkeit bei Thore Stein, AfD)

und in keiner Weise darauf eingehen, dass auch heute Nacht wieder Hunderte Drohnen auf Kiew niedergegangen sind, dass Menschen zu Schaden gekommen sind, dass Sachen und Dinge beschädigt wurden, Menschen um ihr Leben bangen mussten. Das ist Ihnen nicht ein Wort wert gewesen.

(Horst Förster, AfD: Das hat doch  
mit der Sache nichts zu tun!)

Wie zynisch muss man sein, um so einen Vortrag hier zu leisten, wie den, den Sie vorhin abgeliefert haben?!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Gruppe der FDP)

Kein Wort dazu, kein Wort zur Solidarität, im Gegenteil: Spaltung, aufhetzen, Menschen gegeneinander aufbringen. Und wenn man sich das mal vorstellt, wie es den Menschen geht, die in ihren Kellern sitzen und um ihr Leben bangen, und Ihre Sorge ist, Geldscheine zu zählen und Menschen Ängste zu suggerieren!

(Jeannine Rösler, Die Linke: Richtig!)

Entweder wir benehmen uns wie Menschen, humanistisch, und stehen solidarisch auf diesem Kontinent füreinander ein und treten für den Frieden ein, oder das, was Sie machen: spalten, hetzen und versuchen Honig zu saugen

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Gruppe der FDP)

auf dem Rücken dieser geschundenen Menschen.

Und dann, also Marc Reinhardt hat ja zu Recht die Frage gestellt: Was, was ist denn Ihre Vorstellung? Sie suggerieren oder Sie bringen das hier immer zum Vortrag, und zwar scheibchenweise: Die Ukrainerinnen und Ukrainer, die hier Schutz suchen, die sollen wieder zurück, die sollen sogar, Herr Förster, in den Kampf ziehen.

(Horst Förster, AfD: Entschuldigen Sie mal,  
Sie wollen doch die Fortsetzung des Krieges!)

Und gleichzeitig geben Sie ihnen nichts mit und sind nicht bereit, Aufbauleistungen abzusichern. Wissen Sie, was das ist? Das ist eine asoziale Politik,

(Horst Förster, AfD: Sie unterstützen,  
indem Sie den Deserteuren Bürgergeld  
geben. Das ist Ihre Logik!)

das muss hier einmal zur Sprache kommen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Koplin!

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gestatten Sie mir einen organisatorischen Hinweis. Leider ist unser Rednerpult im Moment nicht verstellbar,

(Thomas Krüger, SPD: Oh! –  
Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD,  
und Daniel Peters, CDU)

das heißt, mit dieser Größe muss man sich im Moment abfinden. Wir prüfen gerade, ob es möglich ist, das kurzfristig zu reparieren.

(Heiterkeit bei  
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von René Domke, FDP)

Das würde dann aber bedeuten, dass ich eine Sitzungsunterbrechung machen muss und wir im Moment noch nicht wissen, wie lange es dauern könnte. Insofern bitte ich um Verständnis, dass sich jeder jetzt erst mal mit dieser Höhe, die aber, wie ich sehe, einigermaßen im Mittelmaß liegt, einmal abfinden muss.

(allgemeine Unruhe)

Insofern rufe ich jetzt auf für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Dr. Terpe.

(Thore Stein, AfD: Probieren Sie mal den  
Knopf da an der Seite, den Seitenknopf. –  
Schriftführerin Sandy van Baal:  
Das haben wir schon probiert. –  
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

**Dr. Harald Terpe**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Frau Präsidentin, ich verspreche Ihnen, wir werden zurechtkommen mit dieser Höhe.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und Daniel Peters, CDU)

Mit diesem Antrag beweist die AfD-Fraktion, dass Ihnen eine Kräfteverschiebung zugunsten des Aggressors Russland – Russland, das großflächig ukrainische Infrastruktur, lebensnotwendige Infrastruktur zerstört – wichtiger ist als die Unterstützung ihres eigenen Heimatlandes Deutschland in seiner solidarischen Unterstützung des Abwehrkampfes des ukrainischen Volkes.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Horst Förster, AfD: Abenteuerlich, abenteuerlich!  
Alles Verzerrung der Fakten! Abenteuerlich!)

So einfach, fällt dem eigenen Land in den Rücken. Egoisten und Bündnisverräter müssen sich letztendlich nicht wundern, wenn sie demnächst alleine,

(Horst Förster, AfD: Sie sind nicht im Bündnis,  
Herr Dr. Terpe! Die Ukraine ist kein NATO-Land!)

fremdbestimmt und hilflos dastehen werden.

(Horst Förster, AfD: Wenn Sie das zu Kenntnis  
nehmen: kein Bündnis, völlig falsch!)

Ne, Bündnisfall, darum geht es ja gar nicht.

(Petra Federau, AfD, und Horst Förster, AfD:  
Doch, das haben Sie gerade gesagt!)

Unsere Fraktion hat keinen Zweifel daran,

(Horst Förster, AfD:  
Doch, das ist ein Unterschied! –  
Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

dass eine finanzielle Unterstützung der Ukraine in ihrem Abwehr- und  
Verteidigungskampf gegen die völkerwidrige, imperialistische Aggression Russlands  
weiterhin notwendig ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
Dirk Bruhn, Die Linke)

Dabei wird es darauf ankommen, so viele Unterstützer und Unterstützung zu gewinnen

(Horst Förster, AfD: Wie nötig!)

wie möglich, die solidarisch zusammenstehen.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Der Antrag bezieht sich nun auf ein Projekt unter der Federführung der EU, deren  
Gründungsmitglied wir bekanntlich sind und für die wir Bündnis- und  
Solidaritätsverantwortung tragen. Aus diesem Geist heraus verstehen wir das Anliegen

von Belgien, Haftungsrisiken auf breite Schultern solidarisch zu verteilen. Das hat noch gar nichts damit zu tun, ob dieses Projekt speziell die Unterstützung nachher finanziert oder etwas anderes, sondern nur damit, falls dieses Projekt sozusagen das richtige und abgesicherte Projekt ist, dass wir solidarisch Belgien bei der Haftung helfen. In diesem Sinne ist für mich alles klar, für unsere Fraktion alles klar, wir lehnen diesen Antrag ab!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Gruppe der FDP)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

An dieser Stelle begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne Mitglieder des Sozialverbandes Deutschland, Kreisverband Schwerin. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie heute hier bei uns im Landtag sind!

Ich rufe auf für die Fraktion der SPD Herrn Gundlack.

**Tilo Gundlack, SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir debattieren heute einen Antrag,

(Unruhe bei Horst Förster, AfD)

der auf den ersten Blick vorgibt, deutsche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler schützen zu wollen. Tatsächlich aber richtet er sich gegen etwas, das Europa seit seiner Gründung starkgemacht hat: gegenseitige Solidarität, gemeinsames Handeln und Verantwortung füreinander.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
Marc Reinhardt, CDU)



Europa ist nicht nur ein Binnenmarkt, nicht nur ein Zusammenschluss von Staaten, die gelegentlich gemeinsame Interessen haben, nein, Europa ist ein Friedens- und Solidaritätsprojekt. Unsere gemeinsame Stärke entsteht gerade dadurch, dass wir Verantwortung teilen für Sicherheit, Stabilität und für den Schutz der europäischen Werte.

Die Ukraine verteidigt sich seit Jahren gegen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Sie verteidigt damit nicht nur ihr eigenes Staatsgebiet, sondern auch die Grundsätze, auf denen Europa steht: Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung. Wer das ignoriert, verkennt die historische Dimension dieses Konfliktes.

Der Antrag suggeriert, es ginge um eine Reparationsanleihe – ein Begriff, der bewusst irreführend ist. Die EU diskutiert über ein Finanzierungsinstrument, das eingefrorene russische Vermögenswerte nutzt, um der Ukraine die dringend benötigte Unterstützung zu geben. Es gibt nämlich drei Optionen – was die Ministerin schon gesagt hat, einmal haben wir das schon angesprochen –, einmal ist es, die EU nutzt den Spielraum zur Eigenkapitalbeschaffung, dann könnten sich auch die Mitgliedsstaaten darauf einigen, gemeinsam Kapital zu beschaffen, und das, was uns vorliegt, was Frau von der Leyen uns gerade ins Stammbuch geschrieben hat, das könnten wir auch noch dazu nutzen.

Das ist keine Reparation der EU, sondern eine Reaktion auf einen Angriffskrieg, für den allein Russland verantwortlich ist. Wenn einzelne Mitgliedstaaten dabei Fragen der Verteilung von Risiken aufwerfen, dann ist das ein normaler europäischer Aushandlungsprozess, kein Grund, das gesamte Projekt infrage zu stellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Stabilität in Europa fällt uns nicht in den Schoß, sie muss politisch, wirtschaftlich und sicherheitspolitisch immer wieder neu hergestellt werden. Wenn die Ukraine diesem Angriffskrieg nicht standhalten kann, trifft das auch uns – wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und geopolitisch. Ein ungeschwächtes

Russland an unseren Grenzen wäre eine direkte Bedrohung für die europäische Sicherheitsordnung, deshalb ist es unser eigenes Interesse, europäische Solidarität nicht auszuhöhlen, sondern zu stärken.

(Henning Foerster, Die Linke: Richtig! –  
Beifall Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Natürlich muss jede Form europäischer Finanzierung klar begründet, solide abgesichert und transparent ausgestaltet werden. Aber das ist kein Argument gegen Solidarität, es ist ein Argument für eine gute europäische Politik. Wer pauschal jede Form gemeinsamer Finanzierung ablehnt, der lehnt am Ende auch jedes gemeinsame Handeln ab und damit die Grundidee Europas.

Der Antrag behauptet, deutsche Steuerzahler zu schützen, tatsächlich schwächt er aber genau die Mechanismen, die in dieser Krise uns alle schützen:

(Rainer Albrecht, SPD: Sehr richtig!)

den europäischen Zusammenhalt, die gemeinsame Reaktion auf Bedrohungen und die Fähigkeit, solidarisch zu handeln. Der beste Schutz für die Menschen in unserem Land ist ein starkes, handlungsfähiges Europa, kein Europa, das sich wegduckt, wenn es auf die Solidarität ankommt.

(Beifall Rainer Albrecht, SPD, und  
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Europa ist stark, wenn wir gemeinsam handeln, Europa ist schwach, wenn jeder nur auf sich schaut.

Der vorliegende Antrag richtet sich gegen Zusammenhalt und Verantwortung und damit gegen das Fundament unseres Friedensprojektes. Deshalb werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

Und zum Schluss noch eines an die AfD gerichtet: Seien Sie doch einfach mal ehrlich, sagen Sie doch, sagen Sie doch ganz einfach, dass Ihnen die Ukraine total egal ist. Sagen Sie es doch einfach mal! Seien Sie mal ehrlich! – Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Andreas Butzki, SPD: Genau!)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt für die Gruppe der FDP Herr Domke.

**René Domke, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Wiederaufbau der Ukraine ist nicht nur ein wichtiges Symbol, was wir eigentlich aussenden sollten, dass es einen Wiederaufbau geben wird,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Sie sprechen vom  
Wiederaufbau, der Krieg ist noch gar nicht vorbei.)

das ist auch eine Perspektive, es ist auch eine Perspektive für das ukrainische Volk und auch für die ukrainische Wirtschaft. Der Wiederaufbau wird erhebliche Mittel brauchen, da müssen wir uns nichts vormachen, gleichzeitig aber auch ein enormes Wachstum bringen, auch,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

auch für die sich beteiligende deutsche Wirtschaft. Dabei wird es ohne Darlehen schlichtweg nicht gehen, sondern – Sie haben bis jetzt überhaupt nicht beantwortet, woher die Mittel kommen sollen – kriegsbedingt liegt dort so ziemlich alles am Boden.

(Zuruf von Martin Schmidt, AfD)

Und die Ukraine war erfolgreich wirtschaftlich in den letzten Jahren. Selbst unter Kriegsbedingungen erweist sich die ukrainische Wirtschaft als äußerst

widerstandsfähig: Wachstum von 5,5 Prozent in 2023 – wir können ja mal schauen, wo wir stehen –,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

3,5 Prozent in 24, 2,9 Prozent immerhin noch in 25 – Werte, von denen Deutschland im Moment gerade träumt, und das unter Kriegsbedingungen!

(Beifall David Wulff, FDP)

Ich bin überzeugt, und ich bin überzeugt, dass das Wachstum enorm steigen wird, wenn der Krieg zu Ende ist.

(Zuruf von Thore Stein, AfD)

Die FDP steht ganz klar zur Solidarität mit der Ukraine, aber Solidarität ist natürlich, heißt eben nicht nur, alles unkritisch zu betrachten. Es ist eben einfach so, dass man die Bedenken Belgiens ernst nehmen muss. Wir haben das Finanzinstitut Euroclear, da liegen jetzt die eingefrorenen russischen Vermögen. Natürlich verlangt Belgien, dass alle anderen sich an dem Risiko mit beteiligen, das ist vollkommen legitim. Deswegen geht es ja darum, es rechtssicher auszugestalten, transparent und verantwortungsvoll, und genau diesen Prozess beobachte ich gerade in Brüssel, dass genau das abgewogen wird und eine Entscheidung herbeigeführt wird. Ich sehe das Risiko für den deutschen Steuerzahler im Moment überhaupt gar nicht, überhaupt gar nicht, weil noch das russische Vermögen von 200 Milliarden da ist, und wenn wir 140 brauchen, kann man das machen. Russland wird es nicht akzeptieren, dass es Reparationen zu zahlen hat.

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:

Das eskaliert doch nur!)

Das ist auch übrigens etwas, was mit Völkerrecht zu tun hat, was Russland ununterbrochen bricht. Aber was Sie hier fordern

(Jan-Phillip Tadsen, AfD:  
Außerdem ist das rechtswidrig.)

oder was Sie hier machen, ist tatsächlich, einen Keil reinzutreiben, anstatt zu verstehen, dass nach einem Krieg immer ein Wiederaufbau erfolgt und ein Wiederaufbau auch etwas ist, an dem die deutsche Wirtschaft sich beteiligen kann.

Und ich habe – ich war ja selber auch in der Ukraine –, ich habe gesehen, wie weit die sind und was da wieder passieren kann, was da wirklich entstehen kann. Wir brauchen aber erst einmal Frieden, das ist die Grundvoraussetzung, und darüber müssen Sie endlich einmal reden,

(Petra Federau, AfD: Das ist so,  
ja, ja, das wollen wir!)

darüber müssen Sie reden und

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Da reden  
wir die ganze Zeit drüber! –  
Zuruf von Horst Förster, AfD)

nicht immer weiter einen Keil hineintreiben. Darüber müssen wir reden,

(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das ist unser Ansatz.)

weil es dann Chancen gibt,

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,  
Die Linke, der Gruppe der FDP,  
Ann Christin von Allwörden, CDU, und  
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Chancen gibt, und senden wir das doch bitte an das ukrainische Volk, dass wir daran glauben, dass es einen Wiederaufbau gibt, und nicht, indem wir hier noch die deutschen Steuerzahler verunsichern.

(Heiterkeit bei Jan-Phillip Tadsen, AfD)

Das, was Sie gerade machen, ist eigentlich unverantwortlich!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und der Gruppe der FDP –

Ann Christin von Allwörden, CDU: Das stimmt! –

Zuruf vonseiten der Fraktion Die Linke: Richtig! –

Zuruf von Jan-Phillip Tadsen, AfD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank Herr Abgeordneter!

Das Wort hat jetzt noch einmal für die Fraktion der AfD Herr Tadsen.

(Unruhe bei Thore Stein, AfD,  
und René Domke, FDP)

**Jan-Phillip Tadsen, AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Europa ist dann stark, wenn es Frieden gibt und wenn wir wirklich als Europa uns einmal offensiv dafür einsetzen, dass eine Friedensperspektive auf den Weg gebracht wird.

(Unruhe bei Thore Stein, AfD,  
und René Domke, FDP –  
Petra Federau, AfD: Pscht!)

Was wir hier heute erleben, meine Damen und Herren, ist, dass Europa nur Zaungast ist und am Ende der Finanzier für alles, was die Amerikaner und andere nicht tragen wollen. Das ist diesem Kontinent nicht gerecht.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:  
Oh, wieder der schöne Amerikanismus,  
das hat gerade noch gefehlt!)

Wir wollen eine Friedensperspektive intensiv auf den Weg bringen. Das unterstellen Sie uns hier völlig falsch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Ann Christin von Allwörden, CDU: Ja, ja!)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

wenn Frau Ministerin hier vorne steht und sagt, dass das Geld aus Russland kommen soll, das haben Sie ja in Bezug auf meine Kurzintervention noch mal ganz eindeutig formuliert gehabt, dann bestätigen Sie ja diese Option der Reparationsanleihe, dann sind Sie im Mindset dabei, dann wollen Sie ja genau diesen Weg am Ende gehen.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist doch  
die Aktion, das war doch klar!)

Und wie wahrscheinlich dieser Weg ist, das war die Frage unseres Antrags.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir halten ihn für sehr unwahrscheinlich, meine Damen und Herren.

Dass Sie darauf nicht seriös eingehen, Herr Reinhardt, als Finanzexperte Ihrer CDU-Landtagsfraktion, das enttäuscht mich tatsächlich,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

weil ich Sie sonst schätze als jemand, der sachorientiert arbeiten kann.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Aber das, was Sie hier heute abgeliefert haben, ist nichts anderes als eine Bewerbungsrede für eine linksgrüne Mehrheit in diesem Landtag,

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

und das wollen wir auf keinen Fall zulassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zurufe von Marc Reinhardt, CDU, und  
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich halte es auch für sehr ambitioniert von Ihrer Seite, uns vorzuwerfen, dass wir keine Beendigung dieses Krieges wollen, dass uns das Leid der Menschen vollkommen egal wäre.

(Petra Federau, AfD: Ja, wir sind diejenigen!)

Wir waren von Anfang an, diese Landtagsfraktion der AfD hier in Mecklenburg-Vorpommern, die politische Kraft, die auf diplomatische Initiativen gesetzt hat. Erst Herr Trump,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Petra Federau, AfD: Genauso ist das. –  
Zuruf von Ann Christin von Allwörden, CDU)

erst Herr Trump hat gezeigt, dass diese Perspektive besteht. Jetzt ist die Überlegung, inwieweit man dort konstruktiv mit umgeht und inwieweit man die europäische Ebene und Frau von der Leyen auch einmal ins Gebet nimmt, gemeinsam mit den FDP-Politikern, die sich ja sonst in einer Art und Weise auch geäußert haben, wo man



keinerlei Möglichkeit gesehen hat, auch nur ansatzweise irgendwie diplomatisch auftreten zu wollen, und das ist längst Lügen gestraft.

(Ann Christin von Allwörden, CDU:

Das ist unglaublich!)

Da müssen wir jetzt endlich als Europa aufwachen, und die Interessen unserer Steuerzahler sind ein Teil dessen, weil je länger diese Konflikte fortgesetzt werden, je länger die Finanzierungsfrage offen bleibt – und Sie können ja auch mal, Frau Ministerin, Vorschläge machen, wo man Geld sparen kann. Man kann ja mal andenken, eine andere Migrationspolitik auf den Weg zu bringen,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen

der SPD und Die Linke)

man kann ja mal die Entwicklungshilfe auch auf den Prüfstand stellen, inwieweit sie effektiv so funktioniert weiterhin. Man kann das ganze linke NGO-System

(Unruhe vonseiten der Fraktionen

der SPD und Die Linke)

auch einmal abschaffen, dann haben wir Geld für andere Sachen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –

Zuruf von Torsten Koplin, Die Linke)

Meine Damen und Herren, da fällt keine Maske, da fällt ein Gedanke,

(Heiterkeit bei Dr. Harald Terpe,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der mehrheitsfähig ist in diesem Land, Herr Koplin, und das wird auch in Mecklenburg-Vorpommern der Fall sein.

Meine Damen und Herren, die ganze Debatte ist so was von abgerutscht hier,

(Unruhe vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU –  
Christian Albrecht, Die Linke: Ja! –  
Zuruf von Christine Klingohr, SPD)

die ganze Debatte ist so weit entfernt davon gewesen, diese konkrete Option einmal kritisch zu durchdenken.

(Zuruf von Dr. Daniel Trepsdorf, Die Linke)

Herr Domke war ja eigentlich der Einzige, der so ein bisschen ansatzweise zumindest die Bedenken Belgiens in die Analyse mit hineingebracht hat. Davon haben Sie eigentlich kein einziges Wort verloren,

(Petra Federau, AfD: Na logisch nicht!)

und dass Sie dazu nicht in der Lage sind – Frau Ministerin ist das Paradebeispiel, sie betet für russisches Geld, das ist die Antwort, unsere Steuerzahler sollten das wissen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

**Präsidentin Birgit Hesse:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter!

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 8/5429. Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Die Stimmenthaltungen? – Danke schön! Damit ist der Antrag auf Drucksache 8/5429 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD und übrigen Gegenstimmen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35**: